

lehrer nrw

Verband für den Sekundarbereich



Pädagogik & Hochschul Verlag · Graf-Adolf-Straße 84 · 40210 Düsseldorf · Foto: Fotolia

Diversity

Baustein einer
zukunftsfähigen Schule

3 Aufgespießt

Matroschka –
auch Babuschka
genannt

4 Im Brennpunkt

Fähnlein
im Wind

13 Dossier

Ist Inklusion nach
der UN-Konvention
Verpflichtung?

18 Schule & Politik

Neues aus
Finnentrop

lehrer nrw – G 1781 –
erscheint sieben Mal jährlich
als Zeitschrift des
'lehrer nrw' – Verband für
den Sekundarbereich

Der Bezugspreis ist für
Mitglieder des 'lehrer nrw'
im Mitgliedsbeitrag enthal-
ten. Preis für Nichtmitglieder
im Jahresabonnement:
€ 35,- inklusive Porto

Herausgeber und Geschäftsstelle

lehrer nrw
Nordrhein-Westfalen,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf,
Tel.: 02 11 / 1 64 09 71,
Fax: 02 11 / 1 64 09 72,
Web: www.lehrernrw.de

Redaktion

Brigitte Balbach,
Heribert Brabeck, Ulrich
Brambach, Frank Görgens,
Michael König, Jochen
Smets, Düsseldorf

Verlag und Anzeigenverwaltung

PÄDAGOGIK &
HOCHSCHUL VERLAG –
dphv-verlags-
gesellschaft mbh,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf,
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04,
Fax: 02 11 / 3 55 80 95
Zur Zeit gültig:
Anzeigenpreisliste Nr. 11
vom 1. Oktober 2010

Zuschriften und Manuskripte nur an

lehrer nrw,
Zeitschriftenredaktion,
Graf-Adolf-Straße 84,
40210 Düsseldorf

Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Ge-
währ übernommen werden.
Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben die Meinung
ihrer Verfasser wieder.

Foto: MEV



Schöne Ferien

lehrer nrw, die Redaktion sowie der Verlag wünschen allen Leserinnen und Lesern eine erholsame unterrichtsfreie Zeit und einen guten Start ins neue Schuljahr.

Unsere Geschäftsstelle bleibt in der Zeit vom 5. bis zum 19. August geschlossen.

AUFGESPIESST

Brigitte Balbach: Matroschka –
auch Babuschka genannt 3

IM BRENNPUNKT

Ulrich Brambach:
Fähnlein im Wind 4

SENIOREN

Landmaschinen und Kloster-Idyll 6
Traumhaftes Trier 6

MAGAZIN

Imagekampagne gestartet 8
Teach First macht weiter 8
Auszeichnung für Hakemickeschule 8
Beitragsanpassung 8
Bildungskonferenz als
Propagandaveranstaltung 9

TITEL

Totgesagte leben länger 10
Analyse: Das 'Aus' für Finnentrop –
Anmerkungen zu einem Pyrrhussieg 12

DOSSIER

Ist Inklusion nach der
UN-Konvention Verpflichtung? 13

SCHULE & POLITIK

Frank Görgens & Heribert Brabeck:
Inklusion – Gespräche im MSW 17
Frank Görgens:
Neues aus Finnentrop 18

Kristina Kricks: Fach Wirtschaft –
erste Erfahrungen 19

Dr. Antonietta P. Zeoli:
Diversity als Baustein einer
zukunftsfähigen Schule 20

PERSONALRÄTE & KREISVERBÄNDE

Serie Ausschüsse und Referate:
Der Ausschuss 23
'Schulleitung und Schulaufsicht'
Fortbildungen 23

MUNDGERECHT

Michael König:
Weiß Deine Mutti eigentlich,
dass Du rauchst? 24

ANGESPITZT

Jochen Smets:
Der Lokus-Obolus 25
Bildungskonferenz:
Die große Harmonie 25

ÜBER DEN TELLERRAND

Mittelstufenschule
und Inklusion 26
Realschule plus =
unterste Schulform? 26

HIRNJOGGING

Jutta May:
Kreuzworträtsel & Sudoku 27



Matroschka – auch Babuschka genannt



von BRIGITTE BALBACH

Babuschka ist die russische Verkleinerungsform des Wortes 'Baba', das wörtlich übersetzt 'Frau' oder 'Weib' bedeutet. Die aus Holz gefertigte und bunt bemalte, ineinander schachtelbare, eiförmige russische Puppe heißt Matroschka, wird irrtümlich auch als Babuschka bezeichnet.

(Wikipedia)

Die Puppe scheint eine Mischung aus dem traditionellen russischen Osterei und einem japanischen Gelehrten zu sein. Die bunt bemalten Ostereier wurden von jeher von Russlands Handwerkern aus Holz geschnitzt. Sie waren innen hohl, und in einem großen Ei steckte ein kleineres, in dem noch ein kleineres, usw.

(russlandjournal.de)

Auf meinem Schreibtisch im Büro steht eine solche Matroschka und beobachtet mich. Ursprünglich war sie mit Schokolade gefüllt. Die war lecker. Die Puppe ist jetzt innen hohl. Sie war mit kleineren Schoko-Matroschkas gefüllt – ich habe sie alle aufgegessen. Allein! Jetzt steht sie da – und wird heute zum unrühmlichen Sinnbild nordrhein-westfälischer Schulpolitik. Das nennt man: Dumm gelaufen!

Die Matroschkas bestehen meistens aus fünf Puppen. Schauen wir uns doch einmal ihre jeweilige Entsprechung in unserer Schulpolitik bezüglich der Einführung einer neuen integrativen Schulform an. Dabei stehen die einzelnen Puppen für Verfahrensweisen, taktische Winkelzüge und die grundsätzliche Art und Weise, wie die neue integrative Schulform auf den Weg gebracht wurde und wird. Jede Puppe steht innerhalb eines Systems für einen weiteren strategischen Zug.

Puppe 1: Die kleinste Matroschka ist höchstens fingernagelgroß und sitzt im Inneren einer Puppe. Zu Beginn des schulpolitischen Werdegangs der neuen Landesregierung stand zunächst der 'Maulkorb', der über diejenigen Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitungen sowie Personalratsmitglieder verhängt wurde, die sich kritisch oder gar ablehnend zur neuen Schulform äußern wollten. Die Berichterstattung darüber zog in der Öffentlichkeit relativ große Kreise und endete im Landtag in einer Versicherung der Ministerin, diesbezüglich keine Anweisung an die Bezirksregierungen gemacht zu haben. Sie konnte an dem Tag nicht widerlegt werden (ohne Betroffenen zu schaden!). Bis heute hat jedoch unsere Recherche mit immer neuen Fällen ergeben, dass dem sehr wohl so war und ist und die Geheimhaltung im Land durch Androhungen disziplinarischer Folgen sicher gestellt werden sollte und soll.

Puppe 2: Die nächste Figur wird daran angepasst. Bei der Beratung der Kommunen in öffentlichen Veranstaltungen für Eltern, Lehrkräfte und Öffentlichkeit wie Presse u.ä. achtete die Landesregierung peinlich darauf, dass sie gut vertreten wurde und neben ihr entweder jemand teilnahm, der als Verband willfährig mit ihr umging und sie mit altgedienten loyalen Beratern unterstützte. Ansonsten attackierte sie die Gegenseite scharf und unter der Gürtellinie oder sprach in Abwesenheit möglichst schlecht und diffamierend über diese. Sie scheute sich auch nicht, Veranstaltungen ihrer politischen Gegner durch eigene schulpolitische Quertreiber im Störmanöver zu unterlaufen. Jedes schräge Mittel war recht. Von Fairness oder Diskussion auf Augenhöhe konnte keine Rede sein. Unsere Vertreter vor Ort berichteten wutschnaubend darüber; andere Beteiligte verspürten schon im Vorfeld über ihre Bezirksregierungen Druck, so dass sie sich öffentlich nicht trauten, auch nur 'Piep' zu sagen. Gut gedrillt eben...

Puppe 3: Dieser Puppenteil ist bereits etwas größer und öffentlich gut wahrzunehmen. Es handelt sich um die Bildungskonferenz, die öffentlich suggerieren sollte, dass man an einer Debatte auf Augenhöhe interessiert sei. Und während alle heiß debattierten und sich darüber freuten, dass sie von der Landesregierung gefragt waren und für so wichtig angesehen wurden, über die Zukunft des nordrhein-westfälischen Schulsystems zu entscheiden, hielt die Schulministerin allein Pressekonferenzen ab, in denen sie die unabgestimmten und mit niemandem außer der Minderheitsregierung unter Beteiligung der Linken besprochenen Eckpunkte eines Schulmodells zur Gemeinschaftsschule veröffentlichte. Die Ministerin schaffte unumkehrbare Fakten in den Kommunen, während alle anderen den Konsens suchten. Wenn das kein Schildbürgerstreich der feinsten Art ist...

Puppe 4: Der Außenkörper bildet sich, bevor der Maler sich um das Outfit kümmert. Die Opposition im Land, d.h. wir als *lehrer nrw* sowie die FDP, hielt allen Angeboten zum Konsens und auch den Drohungen stand und blieb bei der Kritik. Hauptkritikpunkt war das Schaffen von Fakten, d.h. das Abschaffen vor Ort von Haupt- und Realschulen zugunsten von mehrheitlich integrativen Gemeinschaftsschulen und damit die Institutionalisierung längerer gemeinsamen Lernens (für dessen Erfolg es bis heute keinen wissenschaftlichen Beweis gibt) ohne Rücksicht auf gut funktionie-

rende Schulen. Die Eltern fühlten sich überzeugt: Wir wollen doch alle zum Abitur mitnehmen! Die Kommunen denken an ihr Geld, das sie nicht haben. Und damit war das Thema durch. Als dann doch noch einige Kritiker den Mut und die Entschlossenheit aufbrachten zu klagen, brach das Chaos aus. Denn die Gerichte (VG Arnsberg und OVG Münster) gaben den Kritikern, auch wenn es sehr wenige waren, Recht! Jetzt muss ein Gesetz her. Sofort!

Und dieses soll absegnen, was längt entschieden ist. Die Linken sind dabei. Die FDP nicht!

Die CDU weiß noch nicht so genau. Sie sitzt zwischen allen Stühlen. Soll sie oder soll sie nicht? (Es empfiehlt sich eine Stunde Deutsch bei mir in Klasse 6: Die Fabel von dem berühmten Seepferdchen, das nicht wusste, wohin es wollte und letztlich im Maul des Hais landete. Hilfe!) Und so kann noch kommen, was es zu verhindern galt: Der Weg zu einem integrativen Schulsystem wird legitimiert. Denn was nützt eine Festschreibung der Realschule in der Verfassung, wenn gleichzeitig die Gemeinschaftsschule toleriert wird?

Die Strategie der Ministerin geht auf, weil es sich nicht schickt, gegen Schulfrieden aufzutreten oder klar seine Meinung zu sagen. Wir mutieren alle zu Ja-Sagern, zu Bedienern des Mainstreams, zu Nickern, zu Befürwortern des ewigen Diskutierens um Nichts. Von einer guten, konstruktiven Streitkultur sind wir gesellschaftlich zurzeit weit entfernt. Wer anders denkt und es auch noch sagt, stört den Weltfrieden. Andere, differierende Meinungen sind Störfaktoren in der allgemeinen Umarmung...

Puppe 5: Ein Maler verpasst der Puppe ihr Outfit mit großen rabenschwarzen Augen, roten Backen, einem netten Lächeln, in russischer Tracht gekleidet, mit Blumen in der Hand und einem Korb voller Früchte oder mit Brot unterm Arm – so sieht die traditionelle Matroschka aus. Sie verkauft sich offensichtlich gut. Manche Matroschkas haben jedoch mehr als fünf Puppen in sich. Wir müssen somit immer wieder mit neuen, noch unbekanntem Strategien rechnen. Auf den ersten Blick ist keinerlei Ähnlichkeit mit unseren Powerfrauen in NRW festzustellen. Beruhigt Sie das, liebe Leser? Sollte es nicht: Denken Sie an den Wolf im Schafspelz! Manchmal ist es gut, Märchen zu lesen.

Kleider machen zwar Leute – aber die Matroschka ist innen hohl!



Klare Richtung?

Die ist bei der CDU in der Bildungspolitik nicht zu erkennen. Nun versuchen die Christdemokraten im Bund mit einem Zweiäulen-Modell, verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Ob das gelingt, darf bezweifelt werden.

Fähnlein im Wind

Jahrzehntelang hat die CDU in Stadt und Land verlässlich zu einem differenzierten Schulsystem gestanden. Nun bietet sie sich mit einem zweigliedrigen Modell dem bildungspolitischen Mainstream an.



von ULRICH BRAMBACH

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die CDU auf den verschiedenen politischen Ebenen nicht mehr konsequent und überzeugend die bewährten Schulformen vertritt, sondern je nach Gusto mal dieses und mal jenes Konzept bevorzugt, gerade so, wie sie glaubt, dass es in die jeweilige politische Landschaft passt. Besonders für die Jahrgänge 5 bis 10 sind die verschiedensten Schulformen mit den unterschiedlichsten Bezeichnungen entstanden, ohne dass immer deutlich wurde, welches andere Konzept sich hinter dem neuen Namen verbarg.

Selbst in ein und demselben Bundesland – wie zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen – befürwortet die CDU in den Kommunen und in der Landespartei unterschiedliche Konzepte. Diese Uneinigkeit in den einzelnen Bundesländern und untereinander hat alle Befürworter des gegliederten Schulsystems massiv geschwächt. War das doch für die weniger informierten Bürger das Zeichen, dass äußere Differenzierung für erfolgreiches Abschneiden in der Schule nicht

wesentlich ist. Sie mussten annehmen, dass integrierte Systeme den differenzierten in nichts nachstehen, obwohl alle wissenschaftlichen Untersuchungen genau das Gegenteil dokumentieren.

Mit dem Fallenlassen der Hauptschule hat diese zunehmend an Akzeptanz verloren. Gleichzeitig sind viele Schüler und Schülerinnen an das Gymnasium geflüchtet, weil sie sich mit den 'neuen' Schulformen nicht auskannten und unsicher waren, ob damit auch ein zukunftsfähiger Schulabschluss erreicht werden kann. So hat sich vielerorts eine schier unübersichtliche Situation ergeben, die es für Nutzer und Abnehmer immer schwerer werden lässt, die richtige Wahl und Entscheidung zu treffen.

Nun soll sich alles ändern. Die CDU, die bisher ohne eigene Philosophie und Ideologie in Bildungsfragen agiert hat, will einen Schlusspunkt setzen. Ausgerechnet die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Annette Schavan, die viele Jahre in Wahlkämpfen das Credo der Mehrgliedrigkeit eloquent begründet und verteidigt hat, hebt das Zwei-Säulen-Modell auf den Schild. Der Bundesvorstand der CDU hat am 27. Juni nach heftigen Debatten nunmehr ei-

nen Leitantrag zur Bildungspolitik verabschiedet, der im November in Leipzig auf dem Bundesparteitag beschlossen werden soll. Neben dem Gymnasium soll es eine 'Oberschule' geben, die Verbindung aus Haupt- und Realschule. 'Integrative Systeme und funktionierende Haupt- und Realschulen vor Ort' sollen respektiert werden. Vorbild ist das sächsische Schulsystem, ein Zwei-Säulen-Modell, das in der Mittelschule häufig eine äußere Differenzierung in verschiedene Bildungsgänge vorsieht und daher auch bei den PISA Untersuchungen stets unter den Besten zu finden ist.

Mit diesem Vorstoß kommt die CDU viel zu spät! Jetzt jagt sie nur dem Mainstream nach, sie agiert wie ein Fähnlein im Winde, in der Hoffnung, die eigenen Wähler nicht zu verlieren. Dabei ist das in den verschiedenen Gegenden Deutschlands, wo sie das gegliederte und differenzierte Schulsystem verraten hat, längst geschehen. Das betrifft nicht nur die eigenen Leute, die Mitglieder, sondern auch die Verbände und Gewerkschaften, die ihr bisher die Treue gehalten haben. Auch sie fühlen sich im Stich gelassen.

Keine Frage, auch die CDU muss eine Antwort geben auf die zunehmend zurückgehenden Schülerzahlen. Sie muss überlegen, wie sie der mangelnden Akzeptanz der Hauptschulen durch die Eltern begegnet. Sie muss ein Konzept für die Kommunen vorhalten, die nicht alle Schulformen anbieten können. Nicht zuletzt müssen Lösungen gefunden werden für die Risikoschüler und die Migrantenkinder in den sozialen Brennpunkten. All das stand schon längst auf der Tagesordnung, aber ohne klares abgestimmtes Konzept hat es dem Wildwuchs Tür und Tor geöffnet.

Ob das geplante Zwei-Säulen-Modell die richtige Antwort ist und auf dem Parteitag verabschiedet wird, wird sich noch erweisen. Die CDU in NRW ist gut beraten, das gegliederte Schulsystem in den Konsensgesprächen, um des lieben Friedens willen, nicht für ein Linsengericht herzugeben.

 Ulrich Brambach ist Schatzmeister des Lehrers nrw – Verband für den Sekundarbereich
E-Mail: info@lehrernrw.de

Profitieren Sie von Ihrem Berufsstand!

Senken Sie Ihre Belastung!

Beste Kreditform für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker!

Top-Konditionen
für private Anschaffungen, als Entschuldungsprogramm, zum Kontoausgleich.
Schnelle und unkomplizierte Abwicklung bei Laufzeiten zwischen 12 und 20 Jahren.

bis 80.000,- € möglich

BWS

Reservantenreifeversicherung

Alfred Jaeger
Hermann-Loes-Weg 12
51582 Reichshaus

Tel.: 02296/508738
Fax: 02296/508540
E-Mail: alfred.jaeger@bws.de

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleichs-Kontoüberziehungen.
Feststehende bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beambtenkredite von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns oder besuchen Sie unsere Website.

Top-Finanz.de · Nulltarif · 0800-33 10 332
Andreas Wendholt - Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46345 Borken



Werben bringt ERFOLG!
Anzeigenannahme unter
02 11 / 355 81 04

Der Spezialist für Klassenfahrten

ENGLAND

S-E-T **s-e-t.de**
Tel: 0421-308820

15 Mio

Füttern verboten?

15 Mio. Euro werden in Ostfriesland in jedem Winter für die Fütterung der Wagt ausgegeben. Für nur 2,20 Euro in-Büchlein bekommen Sie von uns einen **Halbgeier**, in dem Sie erfahren wie Sie den Wagent wirklich helfen.

OBUND

An alle Lehrer, Schulsehörer und Kulturbegisterter in NRW!

Informieren Sie sich im Internet unter www.srd-reisen.de über unsere Vielzahl an Reisen oder rufen Sie uns auch gerne an!

Reisebeispiele:

| | | | |
|------------------------|--------------------|---------------|---|
| - China Rundreise | am 23.08.-03.09.11 | für € 1.956,- | p. P. im DZ inkl. VP und Flug ab Frankfurt |
| - Dresden Städtereise | am 02.01.-06.01.12 | für € 299,- | p. P. im DZ inkl. Frühstück und Flug ab Köln/Bonn |
| - Jordanien Rundreise | am 29.10.-05.11.11 | für € 1.339,- | p. P. im DZ inkl. HP und Flug ab Frankfurt |
| - Lissabon Städtereise | am 22.10.-27.10.11 | für € 564,- | p. P. im DZ inkl. HP und Flug ab Köln/Bonn |
| - Budapest Städtereise | am 23.10.-27.10.11 | für € 346,- | p. P. im DZ inkl. Frühstück und Flug ab Köln/Bonn |
| - Vietnam & Kambodscha | am 27.12.-07.01.12 | für € 2.695,- | p. P. im DZ inkl. HP und Flug ab Frankfurt |

SRD REISEDIENST
71634 Ludwigslburg | Moltkestraße 19 | Tel.: 02141/971000 | Fax: 02141/9710099 oder
51645 Gummersbach | Grünstraße 18 | Tel.: 02262/717100 | Fax: 02262/7171020
E-Mail: info@srd-reisen.de | www.srd-reisen.de





Sehr unterschiedliche Eindrücke:

Die *lehrer nrw*-Senioren im Technozentrum des Landmaschinenbauers Claas und vor der Klosteranlage Marienfeld.



Fotos: Dahlmann

Landmaschinen und Kloster-Idyll

Zwei sehr unterschiedliche Ziele hatten die *lehrer nrw* Senioren bei einer Exkursion am 6. Juni: die Landmaschinenfabrik Claas und die Klosteranlage Marienfeld. Der Tag begann im Claas-Technocenter, in dem die einfache Mähmaschinen, Traktoren, Maiserntemaschinen für den Schnitt von gleichzeitig acht Reihen Mais (8,75 Meter breit) und riesige Getreidedreschmaschinen mit einer Schnittbreite von ca. zehn Meter ausgestellt sind. Versierte Führer ließen die 30 Teilnehmer an der (Erfolgs-)Geschichte des Weltmarktführers teilhaben. Das 1913 von August Claas gegründete Unternehmen ist bis heute ein Familienbetrieb, der allein am Stammsitz Harsewinkel etwa dreitausend Mitarbeiter beschäftigt.

Es gibt mittlerweile eine Reihe weiterer Werke in Deutschland, den USA, Südamerika, Russland und seit einigen Jahren auch Werke in Indien, die speziell für die Ent-

wicklung und Herstellung von Reiserntemaschinen gebaut worden sind. Hinzu kommen eigene Zulieferbetriebe in Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Claas hat im Laufe der Jahre rund fünftausend Patente für die eigenen Maschinen entwickelt.

Beeindruckend war auch die Besichtigung der siebenhundert Meter langen Produktionshalle. Die Besucher gingen an allen Anlagen vorbei oder auch an die Gerätschaften heran, wo Teile gestanzt oder verarbeitet wurden. Die Gäste konnten den gesamten Produktionsprozess aus nächster Nähe verfolgen.

Nach dem Claas-Besuch ging es im eigenen Pkw weiter ins vier Kilometer entfernte Dörfchen Marienfeld mit dem berühmten Sporthotel, in dem unmittelbar zuvor die deutsche Frauenfußballnationalmannschaft gewohnt und trainiert hatte. Tolle Eindrücke

gab es beim Besuch der Klosteranlage Marienfeld. In den vorderen Wirtschaftsgebäuden der Klosteranlage ist heute ein Hotel untergebracht, und im alten Abteigebäude, das an die Kirche angebaut ist, werden weitere Teile des Hotels eingerichtet. Die Kirche selbst (im 13. Jahrhundert erbaut und 1222 eingeweiht), ist ein Kleinod, das in verschiedenen Baustilen, bis hin zum Hochbarock,

INFO

Einen ausführlichen Bericht zur Harsewinkel-Exkursion mit vielen Fotos finden Sie im Internet unter www.lehrernrw.de/verband/senioren.

errichtet ist und eine wunderbare Inneneinrichtung mit stolzer Orgel besitzt. Eine Besonderheit ist das – heute nur als Kopie – ausgestellte

Altarbild von Johann Koerbecke mit den zwölf Farbtafeln, auf denen bildlich die Geschichte der Gottesmutter dargestellt ist.

Konrad Dahlmann



Die *lehrer nrw*-Reisegruppe vor dem großherzoglichen Palast in Luxemburg.

Traumhaftes Trier

Frühsummerliches Flair, eine wunderbare Stadt, eine bestens harmonisierende Reisegruppe: Die Trier-Fahrt der *lehrer nrw* Senioren war einmal mehr ein großartiges Erlebnis für alle Beteiligten. Von der Porta Nigra oder der Konstantinbasilika über das Felsenklettern in den Müllertaler Bergen und den Besuch im Herzogtum Luxemburg bis hin zu diversen kulinarischen Genüssen reihte sich ein Highlight an das nächste. Einen ausführlichen Bericht zur Trier-Reise mit vielen Fotos finden Sie im Internet unter www.lehrernrw.de/verband/senioren.

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Im Schuldienst geben Sie täglich alles und zeigen dabei immer vollen Einsatz. Gut, dass es jemanden gibt, der auch alles für Sie gibt: die DBV Deutsche Beamtenversicherung. Der Versicherungsspezialist im Öffentlichen Dienst, der exklusiv nur für Sie da ist. Und das schon seit 140 Jahren. Kommen Sie zu Ihrem persönlichen Betreuer ganz in Ihrer Nähe und lassen Sie sich in einer der über 4000 AXA Agenturen beraten. Wir freuen uns auf Sie. Mehr Informationen erhalten Sie unter www.DBV.de oder unter Telefon 0 180 3 - 00 57 57*.

* 9 Cent aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk maximal 42 Cent, jeweils je angegebener Minute.

Empfohlen vom



**dbb
vorsorgewerk**
günstig • fair • nah



Ein Unternehmen der AXA Gruppe

Imagekampagne gestartet

Lehrer nrw hat eine Imagekampagne gestartet, die in diesen Tagen an den Hauptschulen und Realschulen in Nordrhein-Westfalen anläuft. Mehrere Verbandsmitglieder haben sich für ein professionelles Fotoshooting zur Verfügung gestellt. Ihr Konterfei wird DIN A2-Plakate zieren, die den Schulen ausgehängt werden. Die Kampagne ist der Prolog zum Wahlkampf für die Personalratswahl im kommenden Jahr.



Foto: Teach First

Teach First macht weiter

Der Landtag und die nordrhein-westfälische Landesregierung haben entschieden, das Fellow-Programm der gemeinnützigen Bildungsinitiative Teach First Deutschland fortzusetzen. 28 neue, persönlich und fachlich herausragende AbsolventInnen aller Studienrichtungen sollen ab Februar 2012 als 'Lehrkräfte auf Zeit' Schulen an sozialen Brennpunkten unterstützen.

Teach First Deutschland gewinnt herausragende Hochschulabsolventen aller Studienrichtungen dafür, zwei Jahre als 'Lehrkräfte auf Zeit' – genannt: Fellows – an Schulen in sozialen Brennpunkten zu arbeiten (siehe *Lehrer nrw* 4/2011). Fellows fördern Schüler individuell und bringen neue Angebote an die Schulen. Im Unterricht arbeiten sie mit erfahrenen Pädagogen, leiten Teilungsgruppen oder unterstützen durch Teamteaching und Einzelförderung. Darüber hinaus bereichern sie die Ganztagsangebote der Schulen mit neuen Ideen und Projekten.

Teach First macht weiter

Fellows mit überdurchschnittlichen akademischen Leistungen und hohem sozialen Engagement entlasten Lehrkräfte und unterstützen Schüler.

Auszeichnung für Hakemickeschule

Die Ganztagshauptschule Hakemickeschule aus Olpe ist in Berlin von Bundespräsident Christian Wulff mit dem bundesweit ersten Platz im Wettbewerb 'Starke Schule. Deutschlands beste Schulen, die zur Ausbildungsreife führen' ausgezeichnet worden. Individuelle Förderung, soziales Lernen und eine frühzeitige Berufswahlorientierung stehen an der Hakemickeschule besonders im Fokus, lobte die nordrhein-westfälische Schulministerin Sylvia Löhrmann.

Der Wettbewerb 'Starke Schule' wird von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Bundesagentur für Arbeit, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Bank Stiftung ausgeschrieben. Im Mittelpunkt der Jury-Bewertung standen das Schulkonzept, die Vermittlung fachlicher und sozialer Kompetenzen sowie die erfolgreiche Förderung von Berufsorientierung und Ausbildungsfähigkeit.

Beitragsanpassung

Aufgrund der Teuerungen in vielen Lebensbereichen sieht sich *Lehrer nrw* gezwungen, die Mitgliedsbeiträge anzupassen. Die Beiträge werden zum 1. Oktober 2011 leicht angehoben. Wir werden uns darum bemühen, dass wir Ihnen dies wert sind.



Die Teilnehmer

der Bildungskonferenz mit Schulministerin Sylvia Löhrmann und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (m.).

Bildungskonferenz als Propagandaveranstaltung

Die Bildungskonferenz hat ihre Arbeit abgeschlossen. Am 20. Mai wurden die Empfehlungen des Gremiums an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft übergeben. In der Bildungskonferenz hatten mehr als 120 Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden, Institutionen und Parteien in verschiedenen Arbeitsgruppen mitgewirkt.

Lehrer nrw hat die Bildungskonferenz, ebenso wie die FDP, frühzeitig verlassen. »Die Bildungskonferenz ist eine Propaganda-Veranstaltung des Schulministeriums«, erklärte Brigitte Balbach, Vorsitzende von *Lehrer nrw*, in einer Pressemitteilung. »Sie

dient dazu, die wahren Absichten von Schulministerin Sylvia Löhrmann zu verschleiern, nämlich die flächendeckende Einführung von Gemeinschaftsschulen.« Denn Schulministerin Sylvia Löhrmann habe parallel zur Bildungskonferenz mit der Genehmigung mehrerer Gemeinschaftsschulen (und der damit verbundenen Schließung von Hauptschulen und Realschulen) unumkehrbare Fakten geschaffen. Insofern forcieren die Gemeinschaftsschule das Sterben von Hauptschulen und Realschulen. Diese Problematik wurde in der Bildungskonferenz bewusst verschleiert, so Balbach.

In der strittigen Frage der Schulstruktur haben sich die Teilnehmer auf den kleinsten gemeinsamen Nenner von »Möglichkeiten zur Bildung organisatorischer Verbände von Schulen unterschiedlicher Schulformen und integrativer Zusammenschlüsse unterschiedlicher Schulformen« geeinigt. Das lässt der Politik und den Kommunen alle Möglichkeiten offen und deckt sich bestens mit der Konsens-Rhetorik von Schulministerin Sylvia Löhrmann, kritisierte Balbach. So seien die Teilnehmer der Bildungskonferenz eingelullt und für den Propaganda-Feldzug des Ministeriums instrumentalisiert worden.

www.cts-reisen.de

Klassenfahrten maßgeschneidert

173 Ziele in 27 Ländern

Herforder Straße 75 | 32657 Lemgo | Tel. 05261 2506-0



Gruppen- und Studienreisen GmbH

15 Mio

Füttern verboten?

15 Mio. Euro werden in Deutschland in jedem Winter für die Fütterung der Vögel ausgegeben. Für nur 2,20 Euro in Biotopmarken bekommen Sie vor und einen Biotoper, in dem Sie erfahren, wie Sie den Vögeln wirklich helfen.

BUND

AN DER BUNDENSTRASSE 104
50733 BERLIN
TEL. 030 276181-140
WWW.BUND.DE

Organisierte Städte-, Sport- & Erlebnisreisen
Deutschland | Niederlande | Belgien | Tschechien
Erlebnispädagogische Klassenfahrten

fun for you
Studien- & Schülerreisen



Mozartstraße 14
51643 Gummersbach

Fon 02261/912697
Fax 02261/29400

www.funforyou-reilmann.de
funforyou@t-online.de



Die Richard-Schirrmann-Realschule ist von der Schließung bedroht. Das sieht jedenfalls die Düsseldorfer Bezirksregierung so und hat das in einer Pressemitteilung auch kundgetan. In der Essener Kommunalpolitik und in der Schule selbst ist dieses Vorgehen auf Empörung gestoßen.

Totgesagte leben länger

Offiziell will die Landesregierung keine Schule und keine Schulform schließen, um der Gemeinschaftsschule zum Durchbruch zu verhelfen. In der Praxis sieht das aber anders aus, wie Beispiele aus Essen und Bochum zeigen.

Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe: »Die Richard-Schirrmann-Realschule in Essen steht wegen zu geringer Zahl von Anmeldungen vor großen Problemen, die sogar in der Schließung münden könnten.« Diese Information brachte die Bezirksregierung am 9. Juni als Pressemitteilung unters Volk. 45 Anmeldungen hat die Realschule in Essen-Stoppenberg für das kommende Schuljahr. Nötig wären 52. Dass die Schulaufsichtsbehörde wegen sieben fehlender Anmeldungen gleich die Schulschließungskeule schwingt, hat nicht

nur an der Richard-Schirrmann-Realschule für Empörung gesorgt. 'Der angekündigte Tod', titelte treffend die WAZ.

» Einmaliger und kapitaler Vorgang'

Selbst Essens Schuldezernent Peter Renzel spricht von einem »ungewöhnlichen Vorgehen« der Bezirksregierung, die von der Grünen Anne Lütkes geführt wird. Und während die Bezirksregierung eine Realschule demonstriert, betet Lütkes' Parteifreundin Sylvia Löhrmann als Bildungsministerin unermüdlich ihr

Mantra herunter, dass von Landesseite keine Schule und keine Schulform geschlossen wird. Ralf Witzel, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Landtag, schäumt: »Hier wird pharisäerhaft die Besorgnis über eine zukünftig denkbare Schulschließung geheuchelt, die in Wahrheit der politischen Zielsetzung der beiden verantwortlichen grünen Politikerinnen entspricht. Das ist landesweit ein in dieser Form einmaliger und kapitaler Vorgang.« Witzel kündigte ein Nachspiel im Landtag an.

In der Essener Kommunalpolitik haben SPD und CDU den Umgang der Bezirksregierung mit der Richard-Schirrmann-Realschule scharf kritisiert. Die öffentliche Drohung sei ein »unerhörter Vorgang«, wird Manfred Reimer, schulpolitischer Sprecher der SPD-

Sie wollen um den Fortbestand ihrer Realschule kämpfen:

Schulleiter Herbert Hein (l.) und Konrektor Hans Cauven im bestens ausgestatteten Selbstlernzentrum der Schule.

Fotos: Smets



Ratsfraktion, in der WAZ zitiert. Damit werde die Situation verschärft. Der Erhalt der Schule sei wichtig, »weil es im ganzen Stadtbezirk keine weitere Realschule gibt, die nicht konfessionell gebunden ist«. Die Grünen hingegen nahmen die Steilvorlage der Parteifreundinnen aus Düsseldorf gerne auf und forderten gleich mal die Einrichtung einer Gesamtschule am Standort der Realschule. Dass es nebenan schon eine Gesamtschule gibt? Was soll's?

» Ausländeranteil bis zu 85 Prozent

Öffentliche Stellungnahmen zum Thema seien übrigens nicht erwünscht, ließ man aus Düsseldorf Schulleiter Herbert Hein und die Konrektoren Rixtina Pohle und Hans Cauven wissen. Doch das Trio lässt sich nicht den Mund verbieten und geht seinerseits in die Offensive. Sie verweisen auf die sehr erfolgreiche Arbeit, die die Richard-Schirrmann-Realschule unter schwierigen Bedingungen leistet. Der Ausländeranteil liegt bei durchschnittlich 60 Prozent, in einigen Klassen bei 85 Prozent. Die damit verbundenen Herausforderungen seien bei normalen Klassengrößen »nicht annähernd zu bewältigen. Solch einer Tatsache muss einfach Rechnung getragen werden«, argumentiert die Schulleitung in einer eigenen Pressemitteilung. »Die simple Arithmetik der Anmeldezahlen verstellt in weiten Bereichen den Blick auf die Vielfalt sowie die Qualität des pädagogischen Ange-

SCHULPROFIL RICHARD-SCHIRRMANN-REALSCHULE

- 340 Schüler
- 25 Lehrkräfte
- 1 Schulsozialarbeiterin
- Intensive Berufswahlvorbereitung (neu eingerichtetes Berufsorientierungsbüro)
- Selbstlernzentrum mit rund 3.000 Medien
- Betriebspraktika schon in Klasse 7
- Muttersprachlicher Unterricht
- Deutschunterricht für türkische und arabische Mütter
- Halbtagschule mit umfangreichem AG-Angebot am Nachmittag, kostenlose Hausaufgabenbetreuung
- Ziel: gesicherte Betreuung bis 15 Uhr
- Programm 'Lernen lernen' in Klasse 5 bis 8 (Methodentraining nach Enger)
- Modern eingerichtete PC-Räume
- Auszeichnung der Aktion Courage e.V.: 'Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage'
- Lehrerraumprinzip

bots, die individuellen Fördermöglichkeiten sowie die integrativen Leistungen und Möglichkeiten in kleineren Lerngruppen.«

Zur Verankerung im Stadtteil trägt nicht nur der muttersprachliche Unterricht für die Schüler bei, sondern auch die Deutsch-Sprachkurse, die die Schule für türkische und arabische Mütter anbietet. Dieses Angebot wird übrigens rege genutzt. Um die 340 Schüler für die Anforderungen des deutschen Arbeitsmarkts fit zu machen, wird der Deutschunterricht auf bis zu sechs Stunden pro Woche ausgedehnt. Hinzu kommt der Förderunterricht.

» Vierzig Prozent der Schüler schaffen Q-Vermerk

Der Erfolg ist beeindruckend: »Vierzig Prozent unserer Schülerinnen und Schüler schaffen den Realschulabschluss mit Qualifikationsvermerk. Es sind Ausnahmen, dass jemand bei uns nur den Hauptschulabschluss schafft«, betont der 2. Konrektor Hans Cauven. Dies ist umso bemerkenswerter, als viele Schüler mit ungünstigen Voraussetzungen auf die Richard-Schirrmann-Realschule kommen: Viele haben gar keine oder nur eine eingeschränkte Empfehlung für die Realschule, sagt Konrektorin Rixtina Pohle.

Auch für Saranda Vojvoda wird die Realschule ein Sprungbrett. Die Zehntklässlerin möchte das Abitur machen und dann Jura studieren. Dass ihre Schule nun von der Schließung bedroht ist, kann sie nicht nachvollziehen. »Wir sind eine kleine Schule. Alle kennen sich. Bei uns gibt es kein Mobbing. Und die Lehrer leisten tolle Arbeit. Hier bekommt jeder eine zweite Chance, manchmal auch eine dritte.« Lehrer Matthias Wiezorek, der auch für den Bereich Berufsvorbereitung zuständig ist, bringt es auf den Punkt: »Wir sind ein Familienbetrieb.«

Schulleitung, Lehrer und Schüler wollen um ihre Schule kämpfen. Das Motto hat die Schulleitung in ihrer Pressemitteilung ausgegeben: 'Totgesagte leben länger.'

Jochen Smets

BOCHUM: GEZIELTE MANIPULATIONEN?

In Bochum wird zum neuen Schuljahr eine von zwölf Gemeinschaftsschulen an den Start gehen. Die Hermann-Gmeiner-Hauptschule und die Helene-Lange-Realschule verschmelzen zur Gemeinschaftsschule Bochum-Mitte.

Es begann mit einer Infoveranstaltung für die Lehrkräfte, die laut Einladung des Schulverwaltungsamts am 27. Februar 2011 stattfinden sollte. Tatsächlich war es aber der 27. Januar. Auf Anfrage gab das Schulverwaltungsamt an, sich im Datum geirrt zu haben. Bei einer weiteren Infoveranstaltung wurde kritischen Lehrkräften seitens der Schulleitung nahegelegt, »sich ruhig zu verhalten«, wie eine Lehrkraft der Helene-Lange-Realschule gegenüber *Lehrer nrw* äußerte. Das Anmeldeverfahren für die neue Gemeinschaftsschule startete dann am 14. Fe-

bruar – eine Woche vor allen anderen Schulen in Bochum. Interessanterweise wurde die Frist kurzerhand verlängert, Zu wenig Anmeldungen? Eltern, die ihr Kind an der Helene-Lange-Realschule anmelden wollten, hatten dazu erst gar keine Möglichkeit – sie wurden abgewiesen, berichtet die Lehrkraft.

Der Gipfel: Bei der obligatorischen Elternbefragung entschieden sich insgesamt 52,3 Prozent der rund 4.200 befragten Eltern gegen die neue Gemeinschaftsschule. 34,9 Prozent antworteten auf die Frage, ob sie ihr Kind dort anmelden würden mit »eher nein«. 17,4 Prozent sagten sogar »bestimmt nicht«. »Ganz bestimmt« sagten dagegen nur 11,8 Prozent und »eher ja« 35,9 Prozent. Die Stadt Bochum las daraus forsch eine »Zustimmungs-Quote von 47,7 Prozent«.

Analyse: Das 'Aus' für Finnentrop

Anmerkungen zu einem Pyrrhussieg

Auch nach der Veröffentlichung der Eil-Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts Münster, das die Errichtung der Gemeinschaftsschule im sauerländischen Finnentrop wegen Fehlens einer gesetzlichen Grundlage nunmehr endgültig verhindert hat, besteht für all diejenigen, die am Erhalt und einer Weiterentwicklung des gegliederten Schulsystems interessiert sind, kaum Grund zur Erleichterung: Mag auch der politische Schaden für die rot-grüne Landesregierung zunächst immens erscheinen, ändert sich für die meisten bereits genehmigten Gemeinschaftsschulen trotz fehlender rechtlicher Grundlage nämlich nichts.

Dass der Start der Gemeinschaftsschulen in Nordrhein-Westfalen als so genannter 'Schulversuch' auch aus der Sicht der Richter am Oberverwaltungsgericht rechtswidrig ist, bestärkt die Position von *lehrer nrw*. Erwartungsgemäß hat das Gericht erhebliche Zweifel geäußert, ob es der rot-grünen Landesregierung tatsächlich 'nur' um einen Schulversuch gehe. Schon in der Vorinstanz hatte das Verwaltungsgericht Arnsberg vermutet, dass über § 25 Absatz 2 SchulG landesweit eine neue Schulform eingeführt werden sollte, ohne dass die Landesregierung das Schulgesetz entsprechend anpassen wollte.

» Perfidie wird nun deutlich

Das Konzept der Schulministerin, ohne Rechtsgrundlage Gemeinschaftsschulen zu genehmigen und damit kaum mehr umkehrbare Fakten zu schaffen, bevor das Schulgesetz im Landtag angepasst wird, ist gescheitert. Und am Beispiel Finnentrop wird die Perfidie auch gut deutlich. Denn das Absegnen im Nachgang der vermeintlich erfolgreichen neuen Schulpolitik setzt die Opposition dem Druck aus, sich möglicherweise gegen den von der Landesregierung definierten 'Elternwillen' zu entscheiden:

Kein Grund zur Erleichterung

Für die meisten genehmigten Gemeinschaftsschulen ändert sich nämlich nichts...



Foto: MEY

Auch wenn vielen Anmeldeverfahren der Makel anhaftet, dass den Eltern in zahlreichen Fällen die Anmeldung ihrer Kinder zu den bestehenden Haupt- und Realschulen verwehrt wurde, um die notwendige Anzahl von Anmeldungen zur Errichtung der Ge-

meinschaftsschulen überhaupt zu bekommen, kommuniziert das Schulministerium weiterhin das große Interesse der Kommunen und Eltern an der neuen Schulform. Der Vorwurf des politischen Verrates an den Interessen der Kommunen, Eltern und letztlich der Schülerinnen und Schüler wird also jeden treffen, der im Landtag gegen die überfällige gesetzliche Grundlage zur Errichtung von Gemeinschaftsschulen votiert.

» Beschlüsse des OVG Münster haben keine Auswirkungen auf die anderen genehmigten Gemeinschaftsschulen

Verwunderlich ist aber auch die Haltung anderer betroffener Kommunen im Land selbst. Denn die Beschlüsse des OVG Münster betreffen nur die geplante Gemeinschaftsschule in Finnentrop. Alle anderen Kommunen, die von der Errichtung einer Gemeinschaftsschule in ihrer Nachbargemeinde tangiert werden könnten, haben sich gegen deren Errichtung verwaltungsgerichtlich nicht zur Wehr gesetzt. Die erteilten Genehmigungen sind deshalb mittlerweile bestandskräftig, und diese Gemeinschaftsschulen können wie beabsichtigt zum neuen Schuljahr ihren Betrieb aufnehmen. Die Beschlüsse des OVG Münster haben also trotz ihrer tiefgreifenden, berechtigten juristischen Bedenken keinerlei Auswirkungen auf die anderen bereits genehmigten Gemeinschaftsschulen. **Michael König**

INFO

Weitere Gemeinschaftsschulen wird es im Rahmen dieses 'Schulversuchs' in Nordrhein-Westfalen zukünftig **nicht mehr geben**, da für deren Genehmigung nunmehr eben auch oberverwaltungsgerichtlich festgestellt ist, dass es einer Änderung des Schulgesetzes bedarf, vgl. OVG NW Beschluss vom 9. Juni 2011, Az. 19 B 478/11 und 19 B 479/11.

Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.



Inklusion

Ist Inklusion – die Eingliederung der Behinderten in die allgemeinbildenden Schulen – nach der UN-Konvention eine Verpflichtung?

» 1. Was sagt die UN-Konvention:

Die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen 'Convention on the Rights of Persons with Disabilities' in der Fassung von 2006 behandelt zu Anfang allgemeine Grundsätze. Einen dieser Grundsätze enthält Artikel 5 über Gleichheit und Diskriminierung ('Equality and Non-Discrimination'). Unter Nr. 2 heißt es dazu: »Die Vertragsstaaten verbieten jede Diskriminierung auf Grund einer Behinderung und garantieren behinderten Menschen gleichen und wirksamen rechtlichen Schutz vor Diskriminierung, gleichviel aus welchen Gründen«. Unter Nr. 4 von Artikel 5 wird weiter ausgeführt:

»Specific measures which are necessary to accelerate or achieve de facto equality of persons with disabilities shall not be considered discrimination under the terms of the present convention«. Übersetzt heißt das: »Besondere Maßnahmen, die nötig sind, um faktisch eine Gleichheit von Personen mit Behinderungen zu erreichen oder schneller herbeizuführen, sollen nicht als Diskriminierung nach den Regelungen dieser Konvention angesehen werden«.

Zur **Bildung ('Education')** wird in **Artikel 24** der Konvention erklärt:

»1. States Parties recognize the right of persons with disabilities to education. With a view to realizing this right

without discrimination and on the basis of equal opportunity, States Parties shall ensure an inclusive education system at all levels and lifelong learning directed to: ...«

Das heißt: »Die beteiligten Staaten erkennen das Recht von Behinderten auf Bildung an. Im Hinblick darauf, dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage von gleichen Chancen zu verwirklichen, sollen die beteiligten Staaten auf allen Ebenen und beim lebenslangen Lernen ein alle einbeziehendes Bildungssystem sicherstellen, das sich richtet auf ...«.

Zur Bildung im engeren Sinn regelt Art. 24 unter 2.: »In realizing this right, States Parties shall ensure that:





Die Einbeziehung von behinderten Kindern – ob mit Down-Syndrom oder anderen Beeinträchtigungen – fordert die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Bei der Umsetzung muss allerdings der soziale und pädagogische Nutzen für das einzelne förderungsbedürftige Kind sichergestellt sein.

- (a) **Persons with disabilities are not excluded from the general education system on the basis of disability, and that children with disabilities are not excluded from free and compulsory primary education, or from secondary education, on the basis of disability;**
- (b) **Persons with disabilities can access an inclusive, quality and free primary education and secondary education on an equal basis with others in the community in which they live;**
- (c) ...«.

Das heißt: »Zur Verwirklichung dieses Rechts sollen die beteiligten Staaten sicherstellen, dass

- (a) Personen mit Behinderungen nicht wegen der Behinderungen aus dem generellen Bildungssystem ausgeschlossen werden, und dass Kinder mit Behinderungen wegen der Behinderungen nicht von der kostenlosen und ver-

- pflichtenden Bildung in der Primarstufe und nicht von der Bildung in den Sekundarstufen ausgeschlossen werden;
- (b) Personen mit Behinderungen Zugang haben zur umfassenden, qualifizierten und kostenfreien Bildung in Primar- und Sekundarstufen auf der gleichen Grundlage wie andere in der Gemeinde, in der sie leben;«

» 2. Wie sind diese Aussagen zu verstehen?

2.1 Zur Erläuterung stellte die Bundesregierung unter anderem fest: »Rund 650 Millionen Menschen auf der Welt leben mit einer Behinderung. Nur in etwa vierzig Staaten – meist Industrienationen – gibt es Vorschriften, die die Rechte behinderter Menschen besonders schützen. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat deshalb 2001 beschlossen, Vorschläge für ein umfassendes internationales Übereinkommen zur Förderung und zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderun-

gen zu entwickeln«, die 2006 verabschiedet worden sind (Unterrichtung durch die Bundesregierung / Bundestagsdrucksache 16/13829, S. 8).

Diese Ausgangslage bedeutet: Die UN-Konvention befasst sich nicht mit bestimmten Schulformen oder Arten von Schulsystemen, sondern nur allgemein mit dem Schulwesen in den Mitgliedsstaaten. Das ist auch erforderlich, da die Unterschiede zwischen den vielen Mitgliedsstaaten groß sind, und verschieden gegliederte Systeme ebenso bestehen wie Einheitsschulsysteme.

2.2 Das englische Wort 'inclusive' bedeutet 'umfassend, umschließend, enthaltend, einschließend, einschließlich' (Langenscheidts Enzyklopädisches Wörterbuch).

Die englische Sprache kennt daneben durchaus die Wörter 'integrate, integration, integrative', die zum Beispiel in Hinblick auf die Aufhebung der Rassentrennung in Schulen Verwendung fanden. Diese Wörter

wurden jedoch in Art. 24 der UN-Konvention über Bildung nicht verwendet.

Aus diesen Gründen können die Begriffe 'inclusive education system' – ein alle einbeziehendes Schulsystem – sowie 'general education system' nur mit 'allgemeines, alle einbeziehendes Bildungssystem' übersetzt werden, das in Deutschland die Förderschulen ebenso einschließt wie die Berufskollegs.

2.3 Förderschulen sollen gezielt Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen helfen, eine gleiche Stellung in der Gesellschaft zu erreichen. Die Schulpflicht gilt auch für Behinderte – sie sind folglich in das allgemeine Bildungssystem einbezogen. Es gibt verschiedenartige Behinderungen und insgesamt sieben verschiedene Förderschwerpunkte. Neben Lernen, Sprache sowie emotionaler und sozialer Entwicklung sind es noch körperliche und motorische Entwicklung, Sehen, Hören und Kommunikation und geistige Entwicklung. Mehrfache Behinderungen sind nicht selten.

Seit langem gibt es in Deutschland für jede Behinderungsart besondere Schulen

und Lehrerausbildungen. Das neue nordrhein-westfälische Lehrerausbildungsgesetz vom 12. Mai 2009 sieht dieses Lehramt mit zwei sonderpädagogischen Fachrichtungen vor. Das Ziel bestmöglicher Förderung von jungen Menschen mit Behinderungen wird also von Staat ernst genommen. Und es gibt ein ausdifferenziertes System für die Prüfung der Behinderungen und die Zuweisung zum bestgeeigneten Förderort unter Beteiligung der Eltern (Einschulung in der Regel-Grundschule, zeitweise Begleitung durch einen Sonderschulpädagogen, Gutachten, Einbeziehung der Eltern, Entscheidung der Schulaufsicht über den besten Förderort, Anfechtungsmöglichkeit).

Diese Vorkehrungen zugunsten behinderter junger Menschen mit dem Ziel, sie in ihrer spezifischen Behinderung zu behandeln und fördern, um die diese so weit wie möglich auszugleichen, bedeuten aus diesen Gründen keine Diskriminierung der Betroffenen. Förderschulen sind im deutschen allgemeinen Bildungssystem besondere Maßnahmen im Sinn von Art. 5 der Konvention, die Forderungen

aus Art. 24 der Konvention bereits erfüllen.

▶▶ 3. Rechtliche Lage

Deutschland hat die UN-Konvention mit dem Ratifizierungsgesetz, in Kraft getreten am 1. Januar 2009, und Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in New York im Februar 2009 für sich verbindlich erklärt. Ob diese Ratifizierung auf Bundesebene – mit Beteiligung der Länder über den Bundesrat – bereits die Länder zum Handeln im Schulbereich verpflichtet, ist rechtlich umstritten, weil Schule in die alleinige Gesetzgebungszuständigkeit der Länder gehört. Der Hessische Verwaltungsgerichtshof verneinte eine Verpflichtung für Hessen und verlangte ein zusätzliches hessisches Überleitungsgesetz (Beschluss vom 12. November 2009 – 7B 2763/09). Inzwischen ist die Frage für Nordrhein-Westfalen unerheblich, da der Landtag auf gemeinsamen Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU mit Beschluss vom 1. Dezember 2010 Artikel 24 der UN-Konvention in Landesrecht von Nordrhein-Westfalen transformiert hat. →



Keine Ausgrenzung

Behinderte Menschen sollen an allen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben können. Dies gilt auch für Schulen. Dort bedarf es großer Anstrengungen, um dieses Ziel umzusetzen.

Foto: Fotolia/vitana10

▶▶ 4. Konzept einer inklusiven Erziehung

3.1 Die GEW hat ein Rechtsgutachten zu den Verpflichtungen nach Artikel 24 der UN-Konvention und zur Vereinbarkeit des deutschen Schulrechts mit den Vorgaben dieses Übereinkommens über die Max-Träger-Stiftung erstellen lassen. Prof. Dr. Ralf Poscher (Universität Bochum), Dr. Thomas Langer (Universität Bochum) und Dr. Johannes Rux (Universität Tübingen) legten das Gutachten 2008 vor (www.eine-schule-fuer-alle.info/downloads/13-62-257/RechtsgutachtenGEW.pdf).

Die Autoren stellen eingangs fest, dass sich die Verpflichtungen der Vertragsstaaten auf das Bildungssystem insgesamt beziehen (S.17). Sie meinen, für die ausgesprochenen Verpflichtungen müsse entweder das Integrations- oder das Inklusionskonzept maßgebend sein. Sie entscheiden sich für das Konzept der inklusiven Erziehung und folgern daraus, dass alle Schüler ungeachtet ihrer individuellen Unterschiede gemeinsam zu unterrichten seien: »Angestrebt wird eine Schule für alle ...

Die Umsetzung des Inklusionskonzeptes setzt einen lernziel-differenzierten Unterricht voraus. Das geforderte Leistungsniveau soll der Leistungsfähigkeit der Schüler mit Behinderungen angepasst werden« (S.21).

Artikel 5 der UN-Konvention, die auf die zahlreichen Staaten weltweit abzielt, die für behinderte Kinder und Jugendliche keinerlei Bildung vorhalten, bleibt unberücksichtigt, wonach das bestehende deutsche System sonderpädagogischer Förderung keine zu beseitigende Diskriminierung darstellt.

3.2 Ein weiteres Rechtsgutachten hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft 'Gemeinsam Leben' Nordrhein-Westfalen anfertigen lassen. Prof. Dr. Eibe Riedel (Universität Mannheim) hat es im Januar 2010 in Berlin vorgestellt (www.gemeinsam-leben-nrw.de/sites/default/files/Gutachten_Zusammenfassung_Opdf). Er hält in seiner Zu-



Ist Inklusion möglich? Und wenn ja: wie?

sammenfassung fest: »Es gilt die Zielvorgabe des Artikels 24 Absatz 1 UN-BRK, ein inklusives Bildungssystem aufzubauen. Inklusiv heißt: alle Kinder unabhängig von der Form und dem Grad der Beeinträchtigung (Mehrfachbehinderungen, Autismus etc.).

Das Recht auf inklusive Beschulung fordert die Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Zugang zum Regelschulsystem – inklusive angemessener Vorkehrungen (auch 'sonderpädagogische Förderung', zieldifferenter Unterricht etc.) –, der nur unter Nachweis unzumutbarer Belastung (für den Schulträger bzw. Mitschüler/innen) eingeschränkt werden kann« (Zusammenfassung II, 4) und 5)).

Artikel 5 der UN-Konvention existiert für Prof. Riedel ebensowenig.

▶▶ 5. Ergebnis

Nach alledem gibt die UN-Konvention keine Rechtsgrundlage dafür her, dass das Schulwesen in Deutschland – und damit

auch in Nordrhein-Westfalen – auf ein inklusives System umgestellt werden muss. Gleicher Meinung ist der Deutsche Philologenverband, für den Peter Meidinger in seinem Beitrag 'Inklusion durch eine Schule für Alle?' auf Artikel 5 der Konvention hinweist und erklärt, dass die Abschaffung der Förderschulen nicht der Intention der UN-Konvention entspricht (Profil, Januar/Februar 2010).

Zu Recht hat die Bundesregierung bereits am 17. Juli 2009 erklärt: »Die Bundesregierung hat in Übereinstimmung mit dem gemeinsamen Vertragsausschuss der Länder festgestellt, dass die innerstaatliche Rechtslage den Anforderungen des VN-Übereinkommens entspricht. Dennoch wird es in Zukunft ein wichtiges Referenzdokument sein, auf dessen Grundlage neue Entwicklungen in der Behindertenpolitik angestoßen und beurteilt werden« (Unterrichtung durch die Bundesregierung / Bundestagsdrucksache 16/13829, S. 10).

Die Befürworter von 'Eine Schule für alle' haben sich der UN-Konvention bemächtigt, ihr frühzeitig eine Auslegung im Sinn ihrer Forderungen gegeben und diese Version geschickt verbreitet.

Inklusion ist nicht Verpflichtung aus der UN-Konvention, sondern nur deren gezielte Interpretation durch die Anhänger von 'Eine Schule für alle'.

Dr. jur. Gisela Friesecke,
Rechtsanwältin – Aktionsbündnis Schule



Foto: Fotolia/Carlos Santa Maria

Eltern behinderter Kinder sollen künftig die Wahl haben, ob ihre Kinder zum Beispiel an einer Sonderschule, einer Regelschule oder in einer so genannten Kooperationsklasse lernen.

Inklusion

Gespräche im MSW

In einem Arbeitsgespräch im Schulministerium haben Vertreter verschiedener Verbände und Institutionen Möglichkeiten zur Umsetzung von Inklusion ausgelotet. Dabei wurde deutlich, dass es noch viele offene Fragen gibt.

Weil sich unser gesellschaftspolitisches Klima und unsere Anschauungen wandeln, wurde 2006 eine UN-Konvention vereinbart, die sich die Inklusion in der gesamten Gesellschaft zum Ziel gesetzt hat. Ende 2010 haben der nordrhein-westfälische Landtag und die Kultusministerkonferenz auf der Basis dieser Konvention Rahmenbedingungen für den Inklusionsprozess abgestimmt und vereinbart.

Vor diesem Hintergrund stehen viele Einrichtungen und Institutionen mittelfristig vor der Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Teilhabe für alle Menschen ermöglichen. Diese Aufgabe kommt auch auf die Schulen des Landes zu, auch auf die nordrhein-westfälischen Realschulen. Hier gilt es nun, Rahmenbedingungen zu schaffen und auszuhandeln, die ein positives, gewinnbringendes, fürsorgliches und pädagogisches Miteinander von Schülern mit einem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt und Schülern ohne diesen Schwerpunkt ermöglichen.

» Gedanken austausch im Ministerium

Am 15. Juni hatte Schulministerin Sylvia Löhrmann zum einem Gesprächskreis im Ministerium zum Thema Inklusion geladen. Vorgestellt und erörtert wurden die Ergebnisse der Projektgruppe Inklusion. Betont wurde, dass es sich bei den vorgetragenen Erläuterungen um Zwischenergebnisse handeln würde.

Eingeladen waren die unterschiedlichsten Gruppen: Neben den Vertretern aus der Wissenschaft und Forschung waren dies die Ver-



Schulministerin Sylvia Löhrmann lud zu einem Gesprächskreis zum Thema Inklusion.

Foto: MSW NRW

bandsvertreter des allgemeinbildenden Schulwesens und des Förderschulwesens, die Vertretungen der kommunalen Verbände, die Vertreter der Interessengruppen, die sich für Menschen mit unterschiedlichen Handicaps einsetzen und viele weitere Personen aus der Landespolitik, also eine Vielzahl von Perspektiven und Blickwinkeln.

Zu Beginn der Veranstaltung stellten Prof. Klaus Klemm und Prof. Ulf Preuß-Lausitz wesentliche Gesichtspunkte der Entwicklung des inklusiven Schulsystems vor. Prof. Klemm bezog sich in seinen Ausführungen im Wesentlichen auf die Validität der gängigen Diagnoseverfahren im Rahmen des sogenannten AO-SF-Verfahrens. Hier wird

deutlich, dass transparente, rechtssichere Standards nach denen im Rahmen eines AO-SF-Verfahrens ein sonderpädagogischer Förderbedarf für ein Kind ausgesprochen wird, beibehalten bzw. installiert werden müssen.

» Gelingensbedingungen für eine inklusive Schulentwicklung

Prof. Preuß-Lausitz aus Berlin formulierte in seinen Ausführungen insgesamt 29 Gelingensbedingungen als Vorschläge für eine inklusive Schulentwicklung. Stichpunktartig sollen hier genannt werden: Zusammenlegung der bisherigen sonderpädagogischen Förderbedarfe Lernen und emotionale und soziale Entwicklung; Schulen entwickeln sich ggf. zu sogenannten Schwerpunktschulen für einzelne Förderbereiche; vor Ort bilden sich Fortbildungsstützpunkte, die die Schulen begleiten und fortbilden. Im Weiteren erläuterte Ministerialrat Ulrich Pfaff die Überlegungen aus der Arbeitsgruppe bezüglich einer eventuellen Änderung des Schulgesetzes vor dem Hintergrund einer inklusiven Schulentwicklung.

In der abschließenden Plenarphase wurde deutlich, dass derzeit die Diskussionen um die inklusive Schulentwicklung von einer Vielzahl von offenen Fragen begleitet werden. In den kommenden Veranstaltungen und Monaten gilt es, die Fragen um die personelle, räumliche und sachliche Ausstattung der Schulen, die Qualifizierung und Fortbildung der Kollegien, die Strukturen und den organisatorischen Rahmen für die erforderliche kollegiumsinterne Zusammenarbeit im Interesse einer inklusiven Schulentwicklung transparent und möglichst landesweit zu klären.

Sicherlich ist es auch wünschenswert, dass es auf kommunaler Ebene sehr ausdifferenzierte Modelle einer inklusiven Schulentwicklung geben kann. Die inklusive Schulentwicklung sollte aber in der Gesamtheit in einem übergeordneten, landesweit gültigem Rahmen erfolgen, der transparent ist und den es nun auszugestalten gilt. Hier ist das MSW gefordert.

Frank Görgens & Heribert Brabeck

Neues aus Finnentrop

Am 9. Juni 2011 hat das Oberverwaltungsgericht in Münster die Entscheidung getroffen, dass die Gemeinschaftsschule Finnentrop zum Schuljahr 2011/2012 nicht in Betrieb gehen wird. In der Urteilbegründung führten die Richter aus, dass die Schule 'rechts-widrig' sei.

Foto: wikipedia/Florian Adler



Unspektakuläre Fassade, spektakuläres Urteil: Das Oberverwaltungsgericht Münster hat die Einrichtung der Gemeinschaftsschule Finnentrop einstweilen gestoppt. Der Modellversuch zur Einführung der Gemeinschaftsschule sei verfassungswidrig.



von **FRANK GÖRGENS**

In ihrer Urteilsbegründung erläuterten die Richter, dass das Wesen eines Schulversuchs darin bestünde, dass er die Erprobung von Reformmaßnahmen zum Ziel hat. Die Richter argumentierten, dass den Angaben der Schulverwaltung folgend der Eindruck entsteht, dass die Eignung der Gemeinschaftsschule zur Erreichung dieser Reformziele nicht zweifelhaft ist, sondern bereits im Vorfeld feststehe. Das Oberverwaltungsgericht monierte darüber hinaus, dass das Ministerium in Düsseldorf die Erfahrungen mit Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein, Berlin und Sachsen nicht einbezogen habe. Das Ministerium habe nicht dargelegt, welcher Erprobungsbedarf in Nordrhein-Westfalen trotz der Erkenntnisse aus diesen Bundesländern bestünde.

» Unterschiedliche Reaktionen

Die Reaktionen auf das Urteil aus Münster waren sehr unterschiedlich. Während

Sprecher des Ministeriums darauf hinwiesen, dass sich dieses Urteil nur auf den Schulstandort Finnentrop beziehe, und die anderen Standorte für Gemeinschaftsschulen nicht betroffen wären, reagierten die politischen Parteien und verbandspolitischen Vertreter durchaus anders. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann sagte, dass Ministerin Sylvia Löhrmann ihren Versuch einer Schulreform am Parlament vorbei aufgeben muss. Er führte aus, dass »Schulen Planungssicherheit und keine politische Stümperei« brauchen.

Die FDP erklärte an, dass »mit dem Urteil des OVG der rot-grüne Modellversuch Gemeinschaftsschule zusammengebrochen ist wie ein Kartenhaus. Nach einem verfassungswidrigen Haushalt jetzt auch noch eine rechtswidrige Schulpolitik: Die rot-grüne Landesregierung ist blamiert bis auf die Knochen. Der Versuch, am Parlament vorbei auf kaltem Wege die Weichen Richtung Einheitsschule zu stellen, ist auf ganzer Linie gescheitert«, sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende Gerhard Papke.

Lehrer nrw-Vorsitzende Brigitte Balbach kommentierte in einer Pressemitteilung vom 9. Juni: »Wir sind dankbar für ein klares Wort zur rechten Zeit. Wir begrüßen dieses Urteil, weil es die von Anfang an äußerst kritische Haltung von Lehrer nrw gegenüber dem Modellversuch Gemeinschaftsschule bestätigt: Die Landesregierung wollte am Parlament vorbei Fakten schaffen, um eine neue Schulform einzuführen. Getarnt wurde das unter dem Mäntelchen des harmlosen Modellprojekts und einer Konsensheischenden Bildungskonferenz, die der Versuch war, dazu eine außerparlamentarische Legitimation zu erhalten.«

» Löhrmann will gesetzliche Grundlage

Das Ministerium hat erkannt, dass die Landesregierung nun »eine gesetzliche Grundlage für die Gemeinschaftsschule schaffen« müsse. Die rot-grüne Landesregierung versucht, noch vor den Sommerferien einen parteiübergreifenden Konsens über ein neues Schulgesetz herzustellen. Ein erstes Gespräch am 24. Juni, dem die CDU aus Protest gegen die Teilnahme der Linkspartei fernblieb, brachte jedoch keine Ergebnisse.

Die Schülerinnen und Schüler, die die Gemeinschaftsschule in Finnentrop besuchen wollten, erhalten ein schulisches Ersatzangebot. Die Haupt- und die Realschule in Finnentrop werden nicht aufgelöst und bleiben bestehen. Die Kinder können dort angemeldet werden. Schülerinnen und Schüler, die den gymnasialen Weg gehen wollen, können an den Gymnasien der Nachbarstädte angemeldet werden.

Die Tatsache, dass das Ministerium Ende Juni 2011 im Nachgang zum Urteil des OVG-Münster die Genehmigung für die Gemeinschaftsschule Blankenheim-Nettersheim zurückgezogen hat, zeigt, dass noch keine Ruhe einkehrt in der nordrhein-westfälischen Schulpolitik. Auch hier wird die geplante Gemeinschaftsschule zum Schuljahresbeginn 2011/2012 nicht in Betrieb gehen.



Frank Görgens ist Schriftleiter der Verbandszeitschrift *Lehrer nrw* des Lehrers nrw – Verband für den Sekundarbereich. E-Mail: FGoergens@t-online.de

Fach Wirtschaft

Erste Erfahrungen

Eine erste Lehrerfortbildung und eine Befragung unter Lehrkräften offenbaren noch viele Probleme und Unsicherheiten im Praxisbetrieb.

Nachdem das Projektangebot des Modellversuchs 'Wirtschaft an Realschulen' auf derart großes Interesse gestoßen ist, haben sich siebzig Realschulen aus Nordrhein-Westfalen entschieden, Schülerinnen und Schülern wirtschaftliche Grundlagen näher zu bringen. Die Schulen können das Fach nun ab der siebten Klasse entweder als Wahl- oder Pflichtfach anbieten.

Um die Lehrkräfte für das Unterrichten wirtschaftlicher Inhalte fit zu machen, fand im Februar erstmals eine Lehrerfortbildung

unter Leitung von Prof. Retzmann und Prof. Liening statt. Neben der Vermittlung ökonomischer Grundlagen, standen innovative Methoden wie das ökonomische Experiment und weitere

Themenbereiche, nah an der Lebenswirklichkeit der Lernenden orientiert, im Fokus der Fortbildung.

82 Prozent für eigenständiges Unterrichtsfach

Eine Befragung von 48 Lehrerinnen und Lehrern im Rahmen der Fortbildung zur Einführung eines eigenständigen Fachs 'Wirtschaft' legt dabei erste Erfahrungen und Einstellungen der Lehrkräfte offen: So zeigte sich zunächst ein großer Konsens darüber, wie ökonomische Bildung am ehesten erreicht werden kann: 82 Prozent aller Befragten befürworten ein eigenständiges Unterrichtsfach, und niemand der Befragten sieht die Ziele ökonomischer Bildung als Unterrichtsprinzip verwirklicht.

Dass die Einführung des Schulfachs Wirtschaft an Realschulen eine dringliche Aufgabe ist, macht auch die Einschätzung über das ökonomische Grundwissen der Lernenden deutlich: So haben 62 Prozent der Lehrkräfte die Erfahrung gemacht, dass Schülerinnen und Schüler wirtschaftliche Inhalte und Denkweisen nur vereinzelt kennen. Fast ein Drittel (31 Prozent) betrachtet ökonomisches Grundlagenwissen als komplettes 'Neuland' für die Lernenden.

Hemmnisse bei der Umsetzung

Trotz der positiven Stimmungslage gegenüber einem eigenständigen Fach 'Wirtschaft', führen die Lehrkräfte auch Hemmnisse an, die eine Einführung des Fachs erschweren. Ein Großteil aller befragten Lehrkräfte (42 Prozent) führt Unsicherheiten hinsichtlich wirtschaftlicher Themen im Vergleich zu politischen oder soziologischen Themen an. Weitere Problemfelder sind nach Auskunft der Lehrkräfte:

- Ökonomische Bildung wird vom überwiegenden Teil des Kollegiums nicht als wichtiger Teil der Allgemeinbildung verstanden.
- Des Weiteren befürchten Kolleginnen und Kollegen der Fächer Erdkunde, Geschichte und Sozialwissenschaften, dass Stunden ihrer Fächer zugunsten eines eigenständigen Fachs Wirtschaft wegfallen.

Angesichts der neuen Situation sehen die befragten Lehrkräfte einen dringenden Bedarf an Fortbildungsangeboten, sowohl mit fachlich-inhaltlichen als auch methodisch-didaktischen Inhalten, damit 'Wirtschaft an Realschulen' endlich Tür und Tor geöffnet werden kann.

Kristina Kricks
TU Dortmund



Jugendherbergen im Rheinland

Alles andere als Schulalltag

Klassenfahrten mit pädagogischer Zielsetzung für die Grundschule, Sek I und Sek II

- ▶ Soziale Kompetenz fördern
- ▶ Natur erleben und begreifen
- ▶ Klassengemeinschaft festigen

NEU: Viele Programme unterstützen direkt den Lehrplan für Grundschulen.

85-LEHRPLAN
UNTERSTÜTZUNG



Bestellen Sie jetzt Ihr persönliches Exemplar des Schulseisekatalogs **FahrtFinder 2012**.

DJH-Service-Center Rheinland
Telefon: 0211 30 26 30 26
Telefax: 0211 30 26 30 27
E-Mail: service@djh-rheinland.de

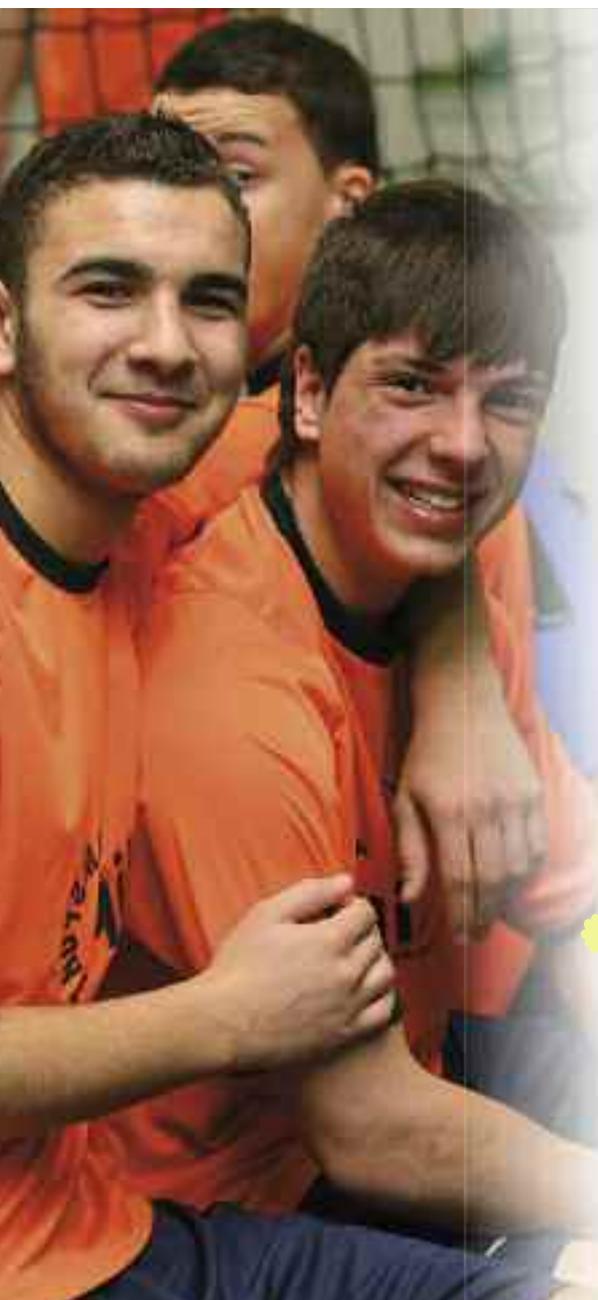


Diversity als Baustein einer zukunftsfähigen Schule

Kreativität, Lehrerpersönlichkeit, Kraft, Wissen und den Mut ein Leben lang lernen zu wollen, spielen eine besondere Rolle in der Entwicklung zur Lehrerin bzw. zum Lehrer. Welche Rolle könnte Migrationsbiographie in diesem Prozess spielen?

»Roots, I sometimes think, are the conservative myth, designed to keep us in our place.«

Rushdie, 1984, Seite 90



Unter dem Einfluss globaler Erziehungstrends ist Vielfalt in der Gesellschaft thematisch angekommen. Entwicklungen europäischer Integrationsbemühungen, Mobilität, demographischer Wandel, Internationalisierung der Märkte tragen zur wachsenden Bedeutung von kultureller Vielfalt bei. Prozesse, die nicht an der Toreinfahrt der öffentlichen Schulen aufzuhalten sind.

Es liegt an Schule als lernende Institution, mit dieser dynamischen Entwicklung zurecht zu kommen. Dies postuliert die Fähigkeit, Potenziale inklusiver Vielfalt in der Schüler-, Lehrer- und Elternschaft zu entdecken und systematisch zu nutzen. In unzähligen Lehr- und Lernsituationen sprechen wir unter der Schüler- wie Lehrerschaft über Diversität in Gruppen. Wir stellen Regeln auf, wie wir der Heterogenität im Unterricht begegnen können, und wir reden umfassend fächerübergreifend über jene, die Benachteiligung erdulden. So weit so gut – und was kommt dann?

» Der nächste Schritt – noch nicht getan

Spätestens seit Beginn der Anwerbung haben wir im deutschen Schulsystem Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte, deren Zahl in den letzten Jahrzehnten signifikant gestiegen ist. In Nordrhein-Westfalen wird seit dem Jahr 2007 die Zuwanderungsgeschichte von Schülern öffentlicher Schulen erhoben. Dadurch ist es möglich, die Verteilung auf die Schulformen realistischer abzubilden (2008: Grundschule:

33,4 Prozent, Hauptschule: 37,6 Prozent, Realschule 26,7 Prozent, Gesamtschule: 25,8 Prozent, Gymnasium 13,7 Prozent).

Leider wird beim Merkmal Schulabschluss die Zuwanderungsgeschichte nicht erhoben. So erwerben 31,4 Prozent der Schüler mit deutscher Staatsangehörigkeit die Hochschulreife, aber nur 12,8 Prozent der Schüler mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit. Dies entspricht auch im Durchschnitt den aktuellen bundesweiten Daten (vgl. BAMF 2010, S. 19). Die Existenz von Schülerinnen und Schülern mit Zuwanderungsgeschichte mit ihren besonderen Bedürfnissen und Fähigkeiten fand kaum Zugang in die Fachdidaktiken, die zum Teil bis heute Konzepte für nicht näher definierte homogene Lerngruppen entwerfen. Zu Beginn aller Forschungen steht stets die Defizitbeschreibung einer apokalyptischen, am Abgrund stehenden Schülerschaft, die sich insbesondere durch Bildungsferne, Armut und Migrationshintergrund auszuzeichnen scheint.

Eine gute Schule mit heterogener Schülerschaft braucht Lehrkräfte, die über Kompetenzen im Bereich der Zweitsprachendidaktik und -methodik verfügen. Im Bereich der Fehlerquellenanalyse können sprachliche Missverständnisse leichter identifiziert und somit ausgeräumt werden. Aber auch der wertschätzende Umgang mit den Herkunftssprachen der Familien sollte wichtiger Bestandteil schulischen Lehrens und Lernens sein. Die Lernmotivation und die Anstrengungsbereitschaft werden verstärkt. Insbesondere die Kinder der ersten Arbeitsmigranten fühlen sich den Zielen der Familie besonders verpflichtet. Familiäre Entbehrungen wurden hautnah erlebt. Aus der erfolgreichen Projektarbeit des Netzwerks der Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte ist vor allem eines klar geworden: Zugewanderte Eltern haben ein sehr hohes Interesse am Bildungserfolg ihrer Kinder. Die Erfah-

Heterogenität im Unterricht

erfordert die Fähigkeit, Potenziale inklusiver Vielfalt in der Schüler-, Lehrer- und Elternschaft zu entdecken und systematisch zu nutzen.

Die Frage nach den Erfolgen, aber auch Misserfolgen von Kindern mit Migrationshintergrund beschreibt Ulrich Raiser in seinen Ausführungen in 'Forum Schule' (Ausgabe 2/2008) wie folgt: »Migrantenkinder sind in deutschen Schulen ein Problem. Migranten sind [in der öffentlichen Wahrnehmung] vor allem Träger von Defiziten, angefangen von Sprachproblemen und mangelnder Unterstützung durch die Eltern, über die kulturelle Distanz zur Mehrheitsgesellschaft bis hin zu unüberbrückbaren weltanschaulichen-religiösen Differenzen zwischen einer mehrheitlichen muslimischen Migrantenbevölkerung und einer säkular-aufgeklärten, akademisch gebildeten deutschen Mittelschicht. Hinzu kommen immer wieder Meldungen über aggressive oder kriminelle Migranten – Jugendliche, die den Lehrern die Arbeit zu Hölle machen.«

» Lehrkräfte mit individuellen Ressourcen

Die Frage nach den Erfolgen, aber auch Misserfolgen von Kindern mit Migrationshintergrund beschreibt Ulrich Raiser in seinen Ausführungen in 'Forum Schule' (Ausgabe 2/2008) wie folgt: »Migrantenkinder sind in deutschen Schulen ein Problem. Migranten sind [in der öffentlichen Wahrnehmung] vor allem Träger von Defiziten, angefangen von Sprachproblemen und mangelnder Unterstützung durch die Eltern, über die kulturelle Distanz zur Mehrheitsgesellschaft bis hin zu unüberbrückbaren weltanschaulichen-religiösen Differenzen zwischen einer mehrheitlichen muslimischen Migrantenbevölkerung und einer säkular-aufgeklärten, akademisch gebildeten deutschen Mittelschicht. Hinzu kommen immer wieder Meldungen über aggressive oder kriminelle Migranten – Jugendliche, die den Lehrern die Arbeit zu Hölle machen.«

Fotos: Yaman Communication, 2011



Die Existenz von Schülerinnen und Schülern mit Zuwanderungsgeschichte mit ihren besonderen Bedürfnissen und Fähigkeiten hat bisher kaum Zugang in die Fachdidaktiken gefunden.

und einer säkular-aufgeklärten, akademisch gebildeten deutschen Mittelschicht. Hinzu kommen immer wieder Meldungen über aggressive oder kriminelle Migranten – Jugendliche, die den Lehrern die Arbeit zu Hölle machen.«

Eben in diesem Spannungsfeld zwischen assoziativen Negativmeldungen über junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichten und dem Perspektivwechsel, Zuwanderung als Ressource zu erkennen, arbeiten die Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte. ➔

Schon ab
14,90* EUR
 im Monat

Dienstplanänderung – was dann?



PROFESSION START heißt die sichere Antwort bei Dienstunfähigkeit.

- Sofort abgesichert: finanzieller Schutz ab dem 1. Tag
- Bezahlbar von Beginn an: die günstigen Anfangsbeiträge
- Flexibel wie das Leben: zum Beispiel in der Kombination mit einer individuellen Altersvorsorge

*Monatlicher Nettobetrag unter Berücksichtigung der derzeit gültigen Überschussanteilsätze (nicht für die Zukunft verbindlich) einer Lehrerin bei Eintritt ab der 25. Beitragsjahr, Beitragsverrechnung, Beitragsdauer bis Alter 60 Jahre, Leistungen: 700 EUR garantierte Rente bei Dienstunfähigkeit, 6.400 EUR Haftpflichtversicherung.

Wir versichern den Öffentlichen Dienst!

MÜNCHENER VEREIN Versicherungsgruppe,
 Postfach 19, 80338 München, verkauf@munchener-verein.de,
 www.muenchener-verein.de, Service-Hotline: 01805/5205513
 (14 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen)

Weder in der ersten und noch in der zweiten Phase der Lehrerausbildung findet für den Lehrernachwuchs eine nachhaltige Auseinandersetzung mit der kulturellen Heterogenität der Schülerschaft statt. Häufig sind Lehrkräfte mit der ethnischen, kulturellen und religiösen Vielfalt in den Klassenräumen überfordert. Sie empfinden dies zunehmend als belastend. »Die Frage nach Kompetenz ist in der Lehrerbildungsforschung durchaus umstritten«, so Edwin Stiller – Referent für Grundsatzfragen in der Lehrerausbildung im Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW (Grundschule 2/2011 S. 10 bis 12). Weiter schreibt er: »Alle Lehrerbildungsexperten sind sich einig, dass der Kompetenzaufbau mit dem Studium beginnt und die gesamte Berufsbiographie andauert.«

» Kultursensible Beratungssituationen einüben

Interkulturelle Konflikte entstehen häufig aufgrund von kulturell begründbaren Missverständnissen wie zum Beispiel Gestik und Mimik, Kommunikationsproblemen, da keine gemeinsame Sprache für den Austausch (insbesondere mit der Elternschaft) vorhanden ist. Diese Konflikte werden häufig falsch geführt und eskalieren nicht selten zum Nachteil der Schülerin oder des Schülers. Kultursensible Beratungssituationen müssen intensiver eingeübt werden. Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte sind durch ihre bilinguale wie bikulturelle Erziehungserfahrung somit wichtige Mittler zwischen den unterschiedlichen schulischen Instanzen.

Schulleitungen erkennen viel zu selten die außerordentlich große Bedeutung von interkultureller Kompetenz innerhalb der Lehrerschaft und interkultureller Öffnung der Schule an sich. Fortbildungen zu diesen Themen sind rar. Hinzu kommt, dass selten auf die Expertise der Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte zurückgegriffen wird. Der aus der Mitte der knapp fünfhundert Mitglieder des Lehrernetzwerks gewählte Sprecher Cahit Basar dazu: »Die Auseinandersetzung mit Interkulturalität findet vielmehr in Disziplinarkonferenzen statt als an pädagogischen



Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte sind durch ihre bilinguale wie bikulturelle Erziehungserfahrung somit wichtige Mittler zwischen den unterschiedlichen schulischen Instanzen.

Tagen für das Lehrerkollegium. Dabei wird oftmals vergessen, dass Schule für Lehrerinnen und Lerner den einzigen gesellschaftlichen Raum darstellt, in dem sie mit den unterschiedlichsten Kulturen zusammenkommen. In der eigenen Community bleibt man unter sich.«

» Netzwerk der Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte NRW

Auf Initiative des Integrations- und Bildungsministeriums des Landes Nordrhein-Westfalens organisiert die Landeskoordination die Arbeit der derzeit knapp fünfhundert ehrenamtlichen Mitglieder aller Schulformen. Jedes Mitglied hat eine ganz eigene Zuwanderungsgeschichte und erfolgreich seine schulische Laufbahn bis hin zum Lehrerberuf gemeistert. Derweil bleiben Schulleiterbüros, Kollegien der Studienseminare sowie Lehrerzimmer Enklaven deutscher

Lehrkräfte. Dies ist wenig förderlich, wenn Integration an Bildungseinrichtungen erfolgreich gelingen soll.

Leitmotive der Netzwerkarbeit sind: Potenziale gewinnen, Ausbildung begleiten, Personalentwicklung gestalten.

Die 'Netzwerker' entscheiden sich intrinsisch motiviert zur Mitarbeit und melden bei der Landeskoordination ihre Mitgliedschaft an. Sie können ihre Fähigkeiten und Interessen in folgenden Bereichen einbringen:

- Mentoring von Schülerinnen und Schülern oder Studierenden des Lehramtes,
- kultursensibler Elternarbeit,
- Zusammenarbeit mit Migranten-Organisationen,
- Kooperationsvorhaben mit den Lehrerverbänden und/oder Stiftungen,
- Personalentwicklung,
- Zusammenarbeit mit Schulbuchverlagen.

Im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen im Juli 2010 heißt es: »Die Landesregierung wird das Netzwerk der Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte unterstützen« (Koalitionsvertrag SPD, Bündnis 90 / Grüne, Juli 2010). Beratung und Begleitung von Lehramtsstudierenden oder Referendare sowie die Vernetzung dieser untereinander, ist eines der Ziele des Netzwerks. Die Identifikation mit den Vorhaben des Netzwerks der 'Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte' erfolgt selbstbestimmt. Die Hervorhebung dieser Gruppe von Lehrkräften ist vorübergehend. Ihre Pionierrolle muss in einen Prozess der 'Veralltäglicung' überführt werden (Stiller & Zeoli 2010, S. 233).

Wir sind gespannt!

Dr. Antonietta P. Zeoli

DIE AUTORIN

Dr. Antonietta P. Zeoli (37) Gymnasiallehrerin mit den Fächern Deutsch, Englisch, Philosophie und Ethik. Seit 2007 Landeskoordinatorin des Netzwerks der Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte



NRW im Auftrag der RAA NRW, MSW NRW und MAIS NRW.

Mehr zum Projekt auch unter:

<http://www.raa.de>

Fortbildungen

Im Rahmen des **lehrer nrw-Fortbildungsprogramms** finden in den nächsten Monaten folgende **Veranstaltungen statt:**

Information und Anmeldung:
Entweder online unter
www.lehrernrw.de
oder über die Geschäftsstelle:
Telefon: 0211/1640971
E-Mail: info@lehrernrw.de

| Datum | Titel |
|-------------------------|--|
| 09.09.2011 - 11.09.2011 | Frauenpolitik <i>lehrer nrw</i> - ein VDR-Seminar (B 115eb/11) |
| 14.09.2011 | Lehrerräte-Fortbildung in Dortmund (LR 5) |
| 22.09.2011 | Schulverwaltungsassistenten (S 2209) |
| 23.09.2011 - 24.09.2011 | IT-Schulung (B 130eb/11) (ausgebucht) |
| 28.09.2011 | Schulleitungsfortbildung »Die neue Funktion des Lehrerrates« |
| 29.09.2011 | Schulverwaltungsassistenten (S 2909) |
| 06.10.2011 | Schulverwaltungsassistenten (S 0610) |
| 18.10.2011 | Schulleitungsfortbildung »Die neue Funktion des Lehrerrates« |
| 15.11.2011 | Lehrerräte-Fortbildung in Korschenbroich (LR 6) |
| 17.11.2011 - 18.11.2011 | 44. Mülheimer Kongress |
| 24.11.2011 - 25.11.2011 | Gehirnjogging (B 153eb/11) |

Referat 'Schulleitung und Schulaufsicht'

Im Rahmen der Serie 'Ausschüsse und Referate' stellt *lehrer nrw* in dieser Ausgabe das von Dieter Peters geführte Referat 'Schulleitung/Schulaufsicht' vor.

Das Referat sieht seine Hauptaufgabe darin, den Landesvorstand bei schulfachlichen Themen zu beraten, die das Arbeitsfeld Schulleitung und Schulaufsicht betreffen. Es gibt dazu Stellungnahmen und Kommentare ab, erstellt Positionspapiere, Argumentationshilfen und Konzepte, die dem geschäftsführenden Landesvorstand zugeleitet werden, und zeigt Mitgestaltungsmöglichkeiten des Verbandes auf. Folgende Problemstellungen sind aktuell:

- Reform der Schulorganisation
- Rolle der Kommunen in der Schulentwicklung
- Weiterentwicklung der Schulaufsicht
- Qualitätsanalyse an Schulen

- Qualität von Lernstandserhebungen und Zentralen Prüfungen

Das Referat reagiert auf kurzfristigen Beratungs- und Unterstützungsbedarf von Kolleginnen und Kollegen in der Schulleitung bei Fragen und Problemen, zum Beispiel

- Dienstvorgesetzeneigenschaften
- Gebundene Ganztagschule
- Schulleitungsfortbildung
- Gemeinschaftsschule (Folgen der Errichtung für Schulleitung und Lehrkräfte, auslaufende Weiterführung der Schule unter anderem)
- Regionale Schulentwicklung
- Zielvereinbarungen und Rolle der Schulaufsicht nach der Qualitätsanalyse.

INFO

Dieter Peters
Eibenweg 13 · 48165 Münster
Mail: dpe874@aol.com



Extra günstig vom Spezialisten anrufen und bestellen
0800 - 1000 500

Beamtendarlehen mit *Best-Preis-Garantie
Hypothesen- und Beamtendarlehensdiscounter
Geldmaximalbetrag 250.000 € - 1.000.000 €

AK FINANZ
www.AK.Finanz.de

Spezialkredit: Beamten-Arbeitslohn 3,0%
Beim 1. Einzahlungstermin 10.000 € Sofort
Rückzahlung 10.000 € 1.10.2011
10.000 € 1.10.2012
10.000 € 1.10.2013
10.000 € 1.10.2014
10.000 € 1.10.2015
10.000 € 1.10.2016
10.000 € 1.10.2017
10.000 € 1.10.2018
10.000 € 1.10.2019
10.000 € 1.10.2020
10.000 € 1.10.2021
10.000 € 1.10.2022
10.000 € 1.10.2023
10.000 € 1.10.2024
10.000 € 1.10.2025
10.000 € 1.10.2026
10.000 € 1.10.2027
10.000 € 1.10.2028
10.000 € 1.10.2029
10.000 € 1.10.2030

Weiß Deine Mutti eigentlich, dass Du rauchst?

Die Zeiten, als Schüler noch auf dem Schulhof rauchten, gehören seit Einführung des Nichtraucherschutzgesetzes wohl der Vergangenheit an. Schülerinnen und Schüler, die auf dem morgendlichen Weg von der Bushaltestelle zur Schule noch schnell eine Zigarette rauchen, gehören hingegen weiterhin zum (leider) gewohnten Bild.

Die rauchenden Schülerinnen und Schüler sind namentlich bekannt, und ob sie nun aus der eigenen Klasse kommen oder aus einer Parallelklasse – volljährig sind sie jedenfalls nicht. Anlieger beklagen sich über die zahlreichen in ihren Vorgärten entsorgten Kippen, das Ansehen der eigenen Schule in der Öffentlichkeit leidet, kurz: So mancher Kollege sieht sich zum sofortigen Eingreifen veranlasst und reagiert verständlicherweise höchst verwundert, wenn sich selbst ansonsten unauffällige Schülerinnen und Schüler mitunter lautstark widersetzen. Zu Recht?

» Rauchen innerhalb des Schulgeländes: Verboten

Die Durchsetzung des § 3 Absatz 1 Satz 3 Nichtraucherschutzgesetz NW, der den Genuss von Nikotin im Zusammenhang mit

schulischen Veranstaltungen auch außerhalb des Schulgeländes verbietet, bereitet den meisten Kolleginnen und Kollegen kaum Kopfzerbrechen. Die in § 57 Abs. 1 Schulgesetz NW normierte Aufsichtspflicht der Schule erstreckt sich auf die Zeit, in der die Schüler am Unterricht oder an sonstigen Schulveranstaltungen teilnehmen. Werden Schüler im Schulgebäude, auf dem Pausenhof oder auch unterwegs auf Klassenfahrt rauchend angetroffen, können ihnen die Zigaretten weggenommen und ggf. Maßnahmen zur erzieherischen Einwirkung ergriffen werden.

» Rauchen außerhalb des Schulgeländes: Erlaubt

Etwas anderes ergibt sich jedoch für den Schulweg, denn die Aufsichtspflicht der Schule erstreckt sich weder auf den Weg zur

Schule, noch auf den Weg von der Schule nach Hause. Darauf hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung NW bereits mit einem Runderlass vom 18. Juli 2005 hingewiesen. Da der Weg zwischen Schule und Wohnung nicht in den Aufsichtsbereich der Schule fällt, besteht schulrechtlich grundsätzlich auch keine Aufsichtspflicht gegenüber Schülerinnen und Schülern, die sich außerhalb des Schulgrundstücks aufhalten und dort rauchen. Mithin können Schüler der Wegnahme ihrer Zigaretten und die Androhung erzieherischer Maßnahmen durch Lehrkräfte damit also zu Recht widersprechen.

» Zuviel dienstlicher Eifer beim Raucherschutz

Dass sich aus dem 'Engagement' durchaus dienstrechtliche Konsequenzen ergeben können, sollte an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben. Selbstverständlich bleibt es den Kolleginnen und Kollegen unbenommen, auf die Gefahren des Nikotinkonsums auch dann hinzuweisen, wenn sie (ihren) Schülern auf dem Schulweg oder etwa auch in der Freizeit begegnen: Rauchen ist schließlich stets gesundheitsschädlich. Nur sollte der darauf gerichtete Hinweis dann ergebnisoffen gestaltet werden. Ein freundlich lächelndes »Weiß Deine Mutti eigentlich, dass Du rauchst?« ist deutlich genug. Denn Versuche, die Wegnahme von Zigaretten auch außerhalb des Schulgeländes durchzusetzen, Hinweise auf Klassenbucheinträge oder gar die Androhung, dem Rektor zu berichten, entbehren einer Rechtsgrundlage und können leicht zu einer Rüge oder Ermahnung der Lehrkraft führen.

Weitere Fragen zu Umfang und Grenzen von Aufsichtspflichten im Schulbereich beantwortet Ihnen die Rechtsabteilung von *lehrer nrw*. Michael König

Rauchen auf dem Schulgelände ist verboten.

Außerhalb des Schulgeländes, auch auf dem Schulweg, gibt es allerdings keine Aufsichtspflicht der Schule – und damit auch keine rechtliche Handhabe für Lehrkräfte, hier einzugreifen. Im Gegenteil: Allzu Raucherschutz-beflissenen Pädagogen kann sogar Ärger drohen.



Foto: DAK/Mügger

Bildungskonferenz: Die große Harmonie

Es war so schön: Alle waren einer Meinung. Alle haben harmonisch zusammengearbeitet. Alle waren im Konsens. Und die, die nicht einer Meinung waren, störten nicht, weil sie Sylvias Harmonie-Seminar namens Bildungskonferenz frühzeitig verlassen hatten. Nachher gab es hübsche Fotos mit lauter lächelnden Menschen. Es hätte so schön sein können. Leider gab es dann ein paar böse Richter in Arnberg und Münster, die die Harmonie heimtückisch störten. Und die CDU, in der Bildungskonferenz noch so hübsch harmonisch mit von der Partie, mochte, als es wieder um harte Politik ging, plötzlich nicht mehr mitmachen bei der parteiübergreifenden Konsens-Suche. Dumm gelaufen. jos



Der Lokus-Obolus

An der Gertrud-Luckner-Realschule im südbadischen Rheinfelden gibt es eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Wer zahlt, hat bessere Bedingungen – nicht im Unterricht, Gott bewahre, sondern auf dem Klo. Wie *Spiegel online* berichtet, können Schüler fürs Geschäft zwischen dem kostenfreien, aber nicht ganz so hübschen Standard-Lokus wählen und dem Luxus-WC, das zehn Cent pro Toilettengang kostet. Das kam so: Schüler einer achten Klasse der

Realschule hatten im Rahmen eines Wirtschaftsjahrsprojekts sechs Toilettenanlagen neu gestaltet – unter anderem mit hochwertigen Handtüchern, einer Spiegelwand in der Mädchentoilette und Duftspray. Und weil die Schüler lernen sollen, dass sich in der Wirtschaft mit Leistungen Einnahmen erzielen lassen, wurde die Pinkel-Maut eingeführt.

Einige Eltern kritisierten, dass Kinder beim Toilettengang zur Kasse gebeten

werden. Wahrscheinlich waren die noch nicht auf einer Autobahnraststätte und haben erlebt, was einem dort für siebzig Cent zugemutet wird. Da sind die Luxus-Toiletten in der Gertrud-Luckner-Realschule noch zu billig. Außerdem ist es doch so: Wer's im Leben vierlagig und supersoft will, muss zahlen. Wer kann, meldet seine Kinder darum an der Privatschule an. Das kostet freilich deutlich mehr als der WC-Besuch an der Gertrud-Luckner-Realschule – und die Toiletten sind wahrscheinlich auch nicht besser. Jochen Smets

Wir nehmen Ihre Wünsche persönlich

Hypothekenfinanzierungen, Darlehen für Beamte und Akademiker





BANKHAUS DR. MASEL
Bankhaus Dr. Masel AG, Kurfürstendamm 119, 10711 Berlin



Informationen im Internet oder persönlich unter Telefon 030 / 300 683 - 0
www.bankhaus-masel.de

Mittelstufen- schule und Inklusion

Hessen. Die Frankfurter Rundschau vom 9. Juni titelt zum Beschluss eines neuen Schulgesetzes in Hessen mit 'Freiheit mit Mängeln'. Die SPD behauptet, das Gesetz zersplittere das Schulsystem. Alle anderen Bundesländer würden den Elternwillen akzeptieren, dass die Hauptschule keine Zukunft habe, nur in Hessen gingen die Uhren rückwärts. Die Grünen sehen in der Regelung, die Inklusion unter den Vorbehalt des Schulumtes zu stellen und nur zu genehmigen, wenn Mittel und Räume vorhanden sind, als einen klaren Verstoß gegen die Behindertenrechtskonvention der UN.

In faz.net schrieb Ralf Euler schon am 4. Juni, die Landesregierung plane die Einführung einer 'Mittelstufenschule', in der die Bildungsgänge von Haupt- und Realschule in den ersten Jahren der weiterführenden Schule verbunden werden könnten. In den Jahrgangsstufen fünf und sechs sei gemeinsames Lernen von Haupt- und Realschülern als Möglichkeit vorgesehen, in Ausnahmefällen auch in der Jahrgangsstufe 7. In der 'Mittelstufenschule' sollten die Abschlüsse von Haupt- und Realschule erhalten bleiben. Den Haupt- und Realschulen werde auf diese Weise eine neue Perspektive eröffnet, am gegliederten Schulsystem werde festgehalten, weil dies die Verschiedenheit menschlicher Begabungen am besten zur Entfaltung bringe.

Die SPD hingegen setze mit der 'erweiterten Realschule' auf ein Übergangsmodell, das auf einer Integration der Bildungsgänge von Haupt- und Realschule bis Klasse 9 aufbaut und zum Hauptschul- oder Realschulabschluss führt. Dieses Konzept solle die Antwort auf das Sterben der Hauptschulen sein; Haupt- und Realschulen würden abgeschafft. Jede 'erweiterte Realschule' soll zudem die Möglichkeit haben, sich zu einer 'Gemeinschaftsschule' weiterzuentwickeln, in der bis einschließlich Klasse 10, unter Verzicht auf Ziffernoten, gemeinsam gelernt würde.

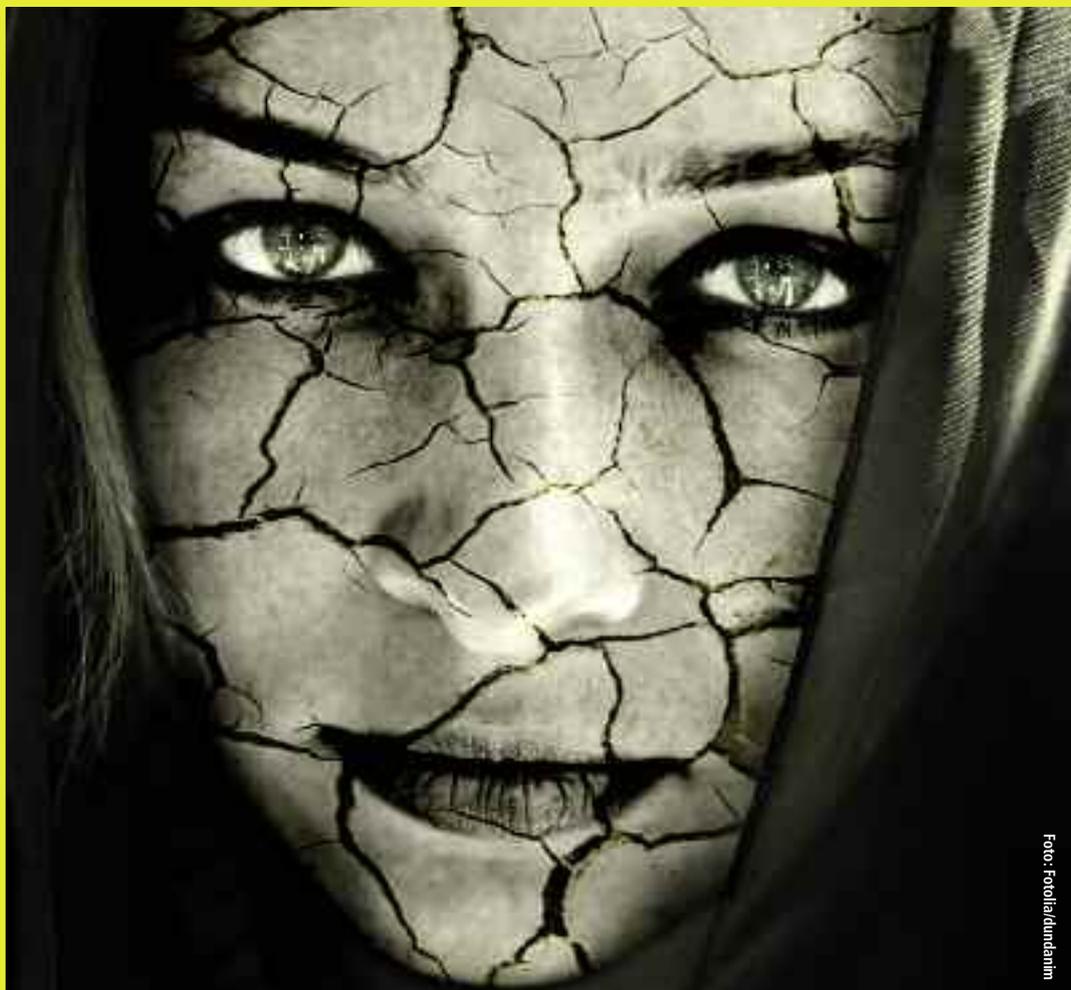


Foto: Fotolia/dundanin

Infolge des demografischen Wandels

droht in Deutschland eine Schüler-Erosion. Kommunen stehen im Wettbewerb um eine schwindende Zahl von Schülern. Zu spüren bekommen das offenbar bereits die Realschulen plus in Rheinland-Pfalz.

Realschule plus = unterste Schulform?

Rheinland-Pfalz. Die Rhein-Zeitung fragte am 18. Mai 2011 'Verliert die Realschule plus an Zuspruch?'. Grund dafür sind die vorläufigen Zahlen der Aufsichts- und Dienstleistungsdi rektion (ADD) in Trier. So wird befürchtet, dass die Realschulen plus in Rheinland-Pfalz das Schicksal der Hauptschulen teilen und als 'unterste Schulform' von Eltern gemieden werden. Zum Beispiel im Westerwaldkreis trifft es einige Realschulen plus besonders hart – in Bad Marienberg etwa könnten die Schülerzahlen von 154 im Vorjahr auf 120 sinken, in Hachenburg werden statt 94 nur noch 63 Fünftklässler erwartet. Nicht anders im Kreis Cochem-Zell: Statt 25 könnten es in der Realschule plus Blankenrath bald nur noch siebzehn Anmeldungen sein, in Treis-Karden werden es wohl 39 statt 46 Fünftklässler.

Klar sei, dass die Schülerzahlen insgesamt zurückgehen. Ebenso deutlich würde bei genauer Betrachtung aber auch, dass Eltern ihre Kinder an Realschulen plus oft nicht so frühzeitig anmelden wie an Gymnasien. Bis in die Sommerferien hinein würden Kinder nachgemeldet.

Folgender Trend droht auch Nordrhein-Westfalen: Je mehr Alternativen wie das nachhaltig beliebte Gymnasium, Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen oder Privatschulen es in einem Gebiet gibt, umso härter ist der Wettbewerb um die immer geringer werdende Zahl von Schülern. Hinzu kommen hausgemachte Probleme, etwa wenn eine Realschule plus nur aus einer Hauptschule entstanden ist oder wenn der Standort schlecht gewählt wurde und Schüler lange Anfahrten in Kauf nehmen müssen.

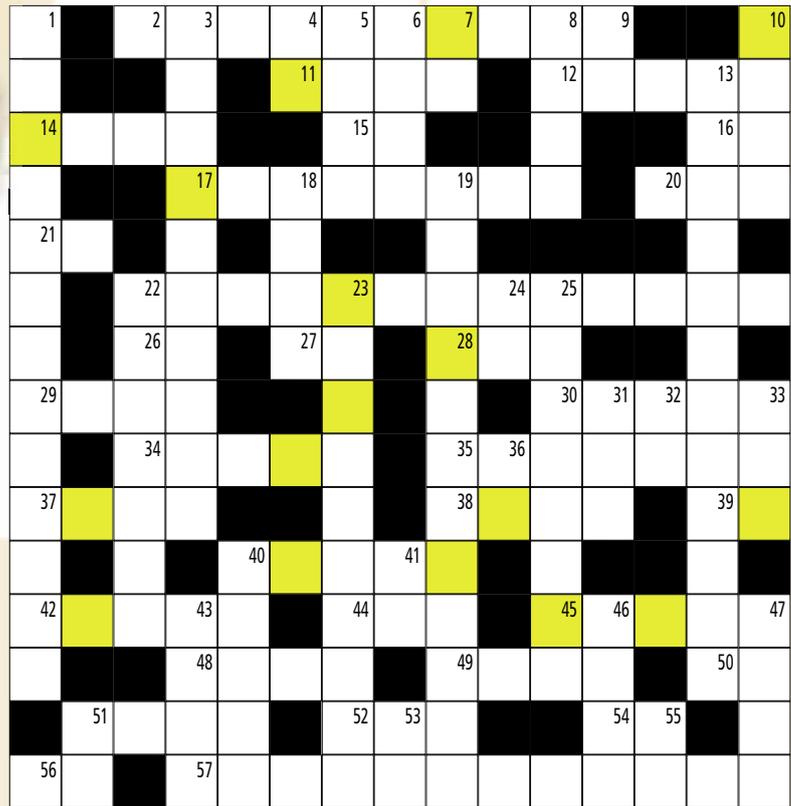
DENK-PAUSE

Waagrecht

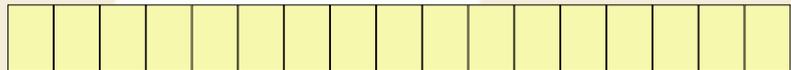
- 2. Leuchtquelle
- 11. Einfassung
- 12. Geschmack, Duft
- 14. Elegant
- 15. Arbeitskreis (Abk.)
- 16. Flächenmaß
- 17. Ketzerei
- 20. Honigwein
- 21. Derart
- 22. Operette von Zeller
- 26. Personalpronomen
- 27. Skatausdruck
- 28. Frauenname
- 29. Dürftig
- 30. Sprechen
- 34. Körperteil
- 35. Antonym zu Flachland
- 37. Halbedelstein
- 38. Liebeskunst
- 39. Autsch
- 40. Broterwerb
- 42. Blume
- 44. Terrororganisation
- 45. Metallstift
- 48. Fluss und Gebirge (Russland)
- 49. Fluss
- 50. Artikel (frz.)
- 51. Kosmos
- 52. Schicksal
- 54. Bei
- 56. Fluss (Italien)
- 57. Verkaufszeit

Senkrecht

- 1. Froschlurch
- 3. Musikalische Beleuchtung
- 4. Personalpronomen
- 5. Schopf
- 6. Dachfenster
- 7. An dem
- 8. Taufzeuge
- 9. Unterrichtsfach (Abk.)
- 10. Kopfschmuck
- 13. Berg in den Allgäuer Alpen
- 18. Stadt in Böhmen
- 19. Teil der Blüte
- 22. Niedergang
- 23. Sehhilfe
- 24. Und (frz.)
- 25. Französische Stadt
- 31. Gefrorenes
- 32. Titel (Abk.)
- 33. Frisch
- 36. Erbium (Kürzel)
- 40. Frauenname
- 41. Auerochse
- 43. Ziehen (engl.)
- 46. See in Russland
- 47. Ungeziefer
- 51. Fragewort
- 53. An (engl.)
- 55. Kurzer Augenblick



Lösungswort: Da muss man sich anstrengen!

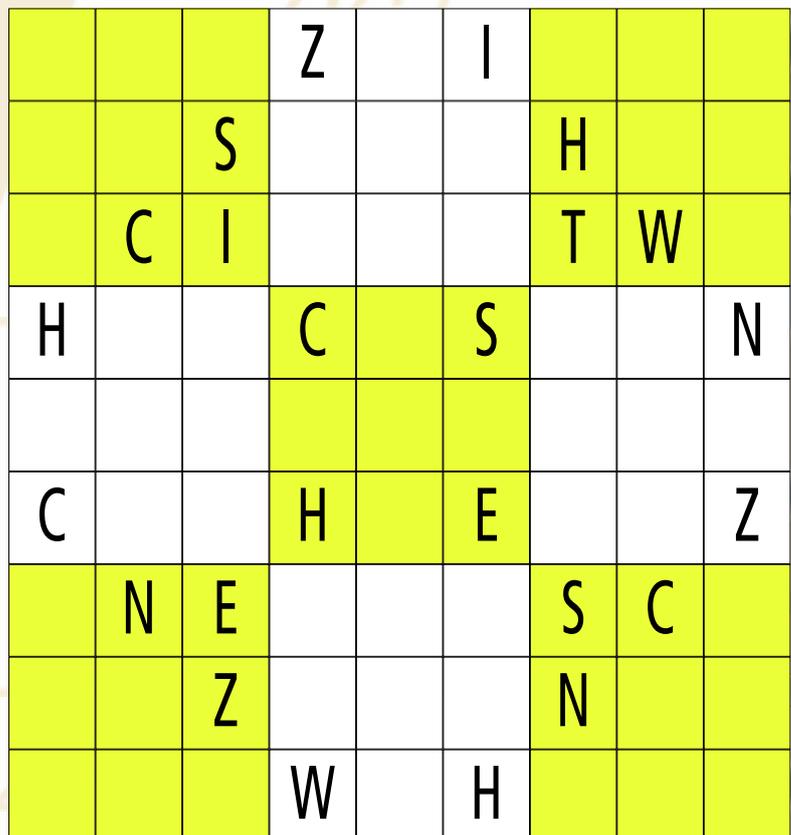


RÄTSELAUFLÖSUNGEN

Das Lösungswort des Kreuzworträtsels in *lehrer nrw* 4/2011, Seite 27 lautet:

VERTRAUENS-LEHRER

Der nebenstehenden Grafik können Sie die komplette Auflösung des Rätsels entnehmen.



Lösungswort in einer Spalte: Folge harter Arbeit!

SUDOKU



Service-Broschüren



Dienstliche Beurteilung



Gewaltprävention



Altersteilzeit



Beihilfe



Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld



Lehrerfortbildungsmöglichkeiten



Einführung in das Versorgungsrecht



Lehrer an Ersatzschulen



Schwerbehinderung



Teilzeit & Beurlaubung



Praxisratgeber für Lehrkräfte



Erfahrene Fachleute des *lehrer nrw* Verbandes haben für Sie als Mitglied des Verbandes in zwölf aufwendig und übersichtlich gestalteten Broschüren wichtige Fragen des Schulalltages beantwortet. Diese im Schulverbandswesen einzigartige Schriftensammlung ist für Sie als Mitglied **KOSTENFREI**. Unter Angabe Ihrer Mitgliedsnummer sind diese bei dem Verband zu beziehen. Nutzen Sie dazu bitte den unten stehenden Coupon.

Die unterschiedlich umfangreichen Broschüren sind zu folgenden Themenschwerpunkten zu erhalten:

- Dienstliche Beurteilung
- Eine Aufgabe für alle: Gewaltprävention
- Für Beamte & Angestellte: Altersteilzeit
- Beihilfeverordnung (BVO Nordrhein-Westfalen): Beihilfe
- Lehrereinstellung
- Wenn der Storch kommt: Mutterschutz, Elternzeit und Elterngeld
- Einführung in das Versorgungsrecht: Neues Recht – Übergangsrecht – Altes Recht
- Lehrer an Ersatzschulen
- Schwerbehinderung: Leben und Arbeiten mit Nachteilsausgleich
- Teilzeit & Beurlaubung
- Informationen für angestellte Lehrkräfte: Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und Überleitungstarifvertrag (TV-Ü-Länder)
- Praxisratgeber für Lehrerräte (Wahlverfahren, rechtliche Grundlagen)

Bitte ausschneiden und an *lehrer nrw* - Graf-Adolf-Straße 84 - 40210 Düsseldorf senden

Hiermit bestelle ich **KOSTENFREI** die *lehrer nrw* Service-Broschüre

Name, Vorname

Adresse

Mitgliedsnummer

Ort, Datum

Unterschrift